

HOCHSCHUL-DIENST

INFORMATIONEN AUS DEM WISSENSCHAFTLICHEN LEBEN

Herausgegeben von Dr. Josef Raabe in Zusammenarbeit mit der Westdeutschen Rektorenkonferenz, dem Deutschen Akademischen Austauschdienst und dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft



JAHRGANG XVII — NR. 24

Bonn, 23. Dezember 1964

AUSGABE A

Wissenschaft und Politik

Blickfeld Bundesrepublik

HD — Das Bemühen, Wissenschaft und Politik gegenseitig aufeinander einwirken zu lassen, hat sich seit Beginn unseres Jahrhunderts aus spärlichen Gelegenheiten zu einer weitläufigen Breitenwirkung in der Gegenwart entwickelt. Zu der retrospektiven politischen Analyse des Historikers sind zwischen beiden Weltkriegen die Zeitgeschichte und die Soziologie als junge Wissenschaftszweige getreten, die ihren Vertretern vielartige Gelegenheiten zur politischen Mitwirkung anbieten.

Sie sind in den beiden Jahrzehnten seit dem Ende des letzten Krieges auch in der Bundesrepublik selbstsichere akademische Disziplinen geworden. Von der Betrachtung, Darstellung und Durchforschung ihrer Bereiche „Zeit“ und „Gesellschaft“ ausgehend, gelangen Lehrer und Jünger beider Disziplinen immer stärker in die Funktion der politischen Beratung und Mitverantwortung. Diese Entwicklung vollzieht sich teils selbstgewollt, teils wird sie von außen verlangt oder zumindest erwartet.

Das Bedürfnis, den politischen Entscheidungen die wissenschaftliche Analyse vorzusetzen, hat sich inzwischen auf fast alle Gebiete des öffentlichen Lebens ausgedehnt und hat dementsprechend für die verschiedenen Aufgaben auch die verschiedenartigsten Formen in den heutigen Beziehungen zwischen Wissenschaft und Politik entwickelt. Die Vielfältigkeit der Aufgaben, der Arbeitsbereiche und Arbeitsverhältnisse, der äußeren Formen für die Mitwirkung und der darin geübten Intensität löst zwangsläufig auch eine Vielfalt von Folgen aus. Diese Folgen deuten sich bisher zumeist erst an; zum Teil treten sie aber auch mit positiven wie negativen Effekten schon zutage und werden von den Mißtrauischen und den Hellhörigen bereits diskutiert.

Wie mit einem Blitz aus heiterem Himmel wurde das sonst von der Presse recht selten beleuchtete Szenarium „Wissenschaft und Politik“ letzthin erhellt, als der SPD-Schattenkanzler Willy Brandt auf dem Karlsruher Parteitag bei der Schilderung der künftigen sozialdemokratischen Politik bekanntgab, daß sich ein Kreis von Wissenschaftlern bereitgefunden habe, die SPD und eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung fachlich zu beraten und daß dieser Kreis 36 Professoren umfasse. Er nannte dafür auch Namen mit teilweise eminenter Prominenz, deren Präsentation allerdings einen Tag später in mehreren Fällen zu Protesten der Benannten führte und als Mißverständnis korrigiert werden mußte.

Die Art der Mitteilung, die programmatisch und voller Eifer erfolgt war, beleuchtete blitzartig die Rolle, die der Wissenschaft derzeit als eine Art ultima ratio in der Politik eingeräumt wird. Es konnte deshalb auch nicht Wunder nehmen, daß der Regierungssprecher prompt konterte, es sei für die Bundesregierung eine Selbstverständlichkeit, sich die Erkenntnisse der Wissenschaft zunutze zu machen, denn 471 Professoren seien in verschiedenen Gremien beratend und gutachterlich für die Bundesregierung tätig.

Bei dieser Zahl dürfte es sich vor allem um die wissenschaftlichen Beiträge handeln, die sich die meisten Bundesministerien teils neuerdings, teils schon seit Jahren attachiert haben. Sie setzen sich vorwiegend aus — ehrenamtlich tätigen — Wissenschaftlern zusammen, von denen vermutlich einige verschiedenen Beiräten angehören und

in der Eile doppelt gezählt sein dürften. Trotzdem behält die genannte Zahl ihr Gewicht.

Die „Beiratsfreudigkeit“ der Bundesministerien ist sehr unterschiedlich. Das Vademecum deutscher Lehr- und Forschungsstätten (Ausgabe 1964) verzeichnet für das Bundesinnenministerium 2 Gremien als Wissenschaftliche Beiräte, für das Auswärtige Amt ebenfalls 2 z. T. wissenschaftliche Beiräte und auch für den Bundesminister für wissenschaftliche Forschung 2 Beiräte. Der Bundesjustizminister verfügt über 7 Beiräte, der Bundesfinanzminister hingegen nur über ein wissenschaftliches Beratergremium. Für das Bundeswirtschaftsministerium wird ebenfalls ein Beirat ausgewiesen. Auch der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, der Bundesminister für Verkehr, der Bundesminister für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung, der Bundesminister für Familien- und Jugendfragen, der Bundesminister für wissenschaftliche Zusammenarbeit haben je einen wissenschaftlichen Beirat, während die Frau Bundesminister für Gesundheitswesen mit 11 z. T. wissenschaftlichen Beiräten aufwartet. Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung begnügt sich mit 6 und der Bundesverteidigungsminister mit 3 z. T. wissenschaftlichen Beiräten. Den Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen berät ein Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands und den Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen ein Beirat „für künstlerische Gestaltung“ — der Briefmarken vermutlich. Selbst der Bundesschatzminister verfügt über einen Beirat, dem allerdings die wissenschaftliche Note nicht ausdrücklich beigelegt wird. Insgesamt stehen den Bundesministerien 44 Beiräte zur vorwiegend wissenschaftlichen Beratung zur Verfügung. Der Personenkreis, die Aufgabenstellung und die Rollenbedeutung dürfte sehr unterschiedlich sein. An der großen Zahl der Ausschüsse und der gesamten Personenziffer gemessen, dringen Ergebnisse und Gutachten dieser Gremien verhältnismäßig selten in die Öffentlichkeit.

Eine Ausnahme hiervon machen die eigenständigen Gremien mit zentralen Beratungsfunktionen wie der Wissenschaftsrat und der erheblich schwerfälliger funk-

INHALT

Die gemeinsamen Aufgaben von Parlamentariern und Wissenschaftlern	3
Neugestaltung des betriebswirtschaftlichen Studiums	5
Bayern überprüft seine Begabtenreserven	6
Bonner Universität steht zu ihrer Geschichte	6
„Ein Studium frei von Not ermöglichen“	7
Neuer Präsident der Fraunhofer Gesellschaft	8
Aus der Arbeit der Deutschen Forschungs- gemeinschaft	9
Überwindung des Bildungsnotstandes	10
Kurz berichtet	12
Personalia	13
Aus Wissenschaft und Kultur hören Sie	16

tionierende Deutsche Ausschluß für das Erziehungs- und Bildungswesen, dessen Aufgaben mit der bevorstehenden Konstituierung des Bildungsrates auch zeitlich ihren Abschluß finden dürften. Seine sorgfältig vorbereiteten und taktisch ausgewogenen Empfehlungen haben den Wissenschaftsrat bisher nach Form und Inhalt seiner Leistungen zu einem allgemein geachteten Ausdruck der Synthese von Wissenschaft und Politik gemacht.

Um diese Anerkennung in der Öffentlichkeit auf die Dauer zu bewahren, wird allerdings die bereits drohende Gefahr zu bannen sein, daß sich die Vorlage und besonders auch die Ausführung seiner Vorschläge nicht weiterhin verspätet. Diese Gefahr zeichnet sich im Hinblick auf die allzu rasche Weiterentwicklung der Problematik, in der sich die Wissenschaft mit Lehre und Forschung innerhalb unseres Staates und seiner Bevölkerung wie auch aus der Spannung zur übrigen Welt heraus befinden, immer deutlicher ab. Sie hat den Präsidenten des Wissenschaftsrates letzthin veranlaßt, die Ausgabenpolitik des Bundes zu kritisieren und seiner Sorge um die Verzögerung der Bildungsreform Ausdruck zu geben. Wenn diese Äußerungen auch zusammen mit neuen Sachvorschlägen erfolgt sind, so erweisen sie zugleich, daß in der Beziehung zwischen Wissenschaft und Politik die äußere Aufgabe zur Beratung vom inneren Auftrag zur Kritik in der Demokratie nicht voneinander zu trennen sind.

Die Mitwirkung wissenschaftlicher Persönlichkeiten in der Bundespolitik ist weder mit den zentralen Ausschüssen noch mit den Ressort-Beiräten erschöpft. Die indirekte Mitwirkung wissenschaftlicher Institutionen und Verbände wie auch der Einfluß wissenschaftlicher Erhebungen und Methoden seitens Meinungsforschern und gelehrter Publizisten sorgen — mit ausgleichender Gerechtigkeit — dafür, daß der überaus geringe Anteil wissenschaftlich ausgebildeter Personen an den Wahlstimmen nicht nur gezählt, sondern in der politischen Auswirkung tatsächlich gewogen wird. Darin spiegelt sich zum gewissen Teil der Einfluß wider, den der Geist und das gepflegte Wissen auf das gesellschaftliche Leben in unserer wie in allen kultivierten Nationen der Gegenwart haben. Auch die führenden Länder des Ostblocks zeigen diese Tendenz von Jahr zu Jahr deutlicher.

Über solche generellen Beziehungen hinaus werden heute der Wissenschaft und den Wissenschaftlern aber noch viele andere Brücken zur Mitwirkung und selbst zur Einflußnahme in der Politik gebaut. Daß die Berufung von Professoren in politische Spitzenstellungen von den Parteien mit steigender Konsequenz betrieben wird, erweisen die Beispiele des ersten Bundespräsidenten und des zweiten Bundeskanzlers noch nicht so deutlich wie die neuerliche Besetzung der Kultusministerien in den Ländern mit aktiven Wissenschaftlern, wie in Baden-Württemberg, Berlin, Hessen und Nordrhein-Westfalen. CDU und SPD sind daran einträchtig mit je zwei Professoren beteiligt. Als weitere Beispiele aus der letzten Zeit, daß selbst Verbände und Großstädte gern Professoren als Spitzenpersönlichkeiten mit politischer Verantwortung herausstellen, mögen die Namen Balcke/BDA Köln und Brundert/Frankfurt genannt sein.

Neben diesem Trend zur Berufung in den unmittelbaren und persönlichen politischen Auftrag von Wissenschaftlern breitet sich an den Quellen der politischen Verantwortung, das heißt bei den Parteien und in den Parlamenten die Neigung aus, wissenschaftliche Büros und Referate zur mittelbaren Mitwirkung an den politischen Entscheidungen einzurichten und fallweise heranzuziehen. In Niedersachsen und in Rheinland-Pfalz haben die Parlamente in den Landtagen bereits Büros etabliert, in denen den Abgeordneten, den Ausschüssen und den Fraktionen wissenschaftliche Mitarbeiter zur Beschaffung und Vorbereitung von Unterlagen für die Information und für die politischen Entscheidungen zur Verfügung stehen. Die Absicht des Landtagspräsidenten von Nordrhein-Westfalen — Johnen/CDU — in gleicher Richtung, ist am Widerspruch seiner eigenen Partei gescheitert. Wie es heißt, beabsichtigt die Fraktion ein eigenes, also partei-gebundenes, wissenschaftliches Büro einzurichten. Diese Entwicklung ist im Gange und sie ist auch auf der Internationalen Wiener Tagung dieses Jahres über „Parlamente und Wissenschaft“ eine unbestrittene Forderung aller Parteien und Delegationen gewesen. Natürlich werden noch Jahre vergehen, ehe die Frage der Bewährung eindeutig beantwortet werden kann oder gar der Nutzen dieser Form des Bündnisses von Politik und Wissenschaft öffentlich spürbar wird.

Entsprechendes gilt für einen vergleichbaren Schritt auf dem Gebiete der auswärtigen Beziehungen. Nach jahrelangen Bemühungen aus Kreisen der Wissenschaft und der Wirtschaft und Hinweisen auf die Beispiele anderer Länder hat der Bundesaußenminister gerade bekannt gegeben, daß die Bundesregierung endlich beabsichtigt, den deutschen Botschaften „technisch-naturwissenschaftliche Referenten“ zuzuteilen. Zuerst wird London besetzt werden, dann sollen Washington, Paris, Bonn und Tokio folgen. Der Hinweis, daß an geeignete Wissenschaftler gedacht ist, die für die Dauer ihrer Arbeit zum auswärtigen Dienst gehören, läßt vermuten, daß der Zeitverlust von mindestens fünf Jahren für diesen Schritt vom „Stellenplan“ herrührt.

Für die Wellenstärke der Beziehungen zwischen Wissenschaft und Politik in der Bundesrepublik, die sich für zahlreiche Vorhaben in der Dauer und Lautstärke der öffentlichen Auseinandersetzungen darüber kundtut, spielt die Brandung auf den Felsen der Ressortbürokratie ihre bisher allzu bewährte Rolle. Das Studium der Gesetzgebungs- und der Verwaltungsverhältnisse zwischen Politik und Wissenschaft in den fünf großen Ländern wäre für die neuen Wissenschaftsattachés eine nützliche Aufgabe, der sie sich auch ohne Auftrag privatim, aus der eigenen politischen Mitverantwortung für die Zukunft der deutschen Wissenschaft widmen dürfen.

Die Wissenschaft hat gegenüber der Politik in der Bundesrepublik zur Zeit und gewiß auch noch langhin zwei Funktionen. Sie muß einmal für ihre eigene Existenz und Zukunft dafür sorgen, daß die dafür erforderlichen politischen Entscheidungen rechtzeitig und mit ausreichendem Effekt getroffen werden. Wenn es für einen Komplex berechtigt ist, prophylaktische Forderungen zu stellen und mutige Vorausplanungen zu erwarten, so ist dies im gegenwärtigen Zeitalter neben der Volksbildung die Wissenschaft. Im internationalen Index für wissenschaftliche Aufwendungen liegt die Bundesrepublik zurück, obwohl es keineswegs aus finanziellen Gründen notwendig ist.

Die zweite Funktion der Wissenschaft betrifft ihre Aufgabe für die Initiative und Beratung zu den politischen Entscheidungen auf allen übrigen Gebieten. Es gibt kei-

Sie fragen —
wir antworten

Welchen Zinssatz erhebt das BHW?



Sind Sie ein scharfer Rechner? Dann werden Sie wissen, was es bedeutet, wenn wir schon seit 1956 den niedrigen Zinssatz von nur 4 1/2 % jährlich für Bauspardarlehen berechnen. Wir können das, weil der Geschäftsbetrieb des BHW als Selbsthilfeeinrichtung des öffentlichen Dienstes nicht darauf ausgerichtet ist, Gewinne zu erzielen. Trotz der niedrigen Darlehenszinsen vergüten wir für Sparguthaben weiterhin 3 % Zinsen jährlich.

Was Ihnen darüber hinaus ein BHW-Bausparvertrag an Vorteilen einbringt, sagt Ihnen unser kostenfreies Sonderheft »Heimstätten«, das Sie anfordern wollen. Am besten: heute noch!



Beamtenheimstättenwerk

Gemeinnützige Bausparkasse für den öffentlichen Dienst

325 Hameln • Kastanienwall • Telefon: (05151) 7401

nen Bereich des öffentlichen Lebens und des internationalen Wohls, der sich der Wissenschaft in Lehre und Forschung nicht mit der Aussicht auf besseren Erfolg bedienen könnte. Sie wird sich nur hüten müssen und sollte notfalls auch durch Kritik davor bewahrt bleiben, dem aufkommenden Hang der Massen und mitunter auch von deren Vertretern Vorschub zu leisten, die moderne Wissenschaft im magischen Rahmen zu sehen. Die Urkraft der Wissenschaft ist der Zweifel und wird es für die Menschen immer bleiben. Aus den Kräften des Zweifels erstrebt sie die höheren Stufen der Gewißheit. Genau

darin leistet sie ihren Dienst für die Politik. Sie tut dabei gut, sich in ihrer irdischen Aufgabe einer Auffassung Vauvenargues bewußt zu bleiben, wonach Politik die größte Wissenschaft von allen ist.

Das kennzeichnet heute deutlicher die Richtung der Entwicklung als der viel zu fatalistische Satz, daß die Politik nur die Kunst des Möglichen sei. Das Mögliche ist erst wissenschaftlich eine generelle Kategorie, sonst hängt das politisch Mögliche vor allem am Geschöpf.

Dr. Hanns Streit

Die gemeinsamen Aufgaben von Parlamentariern und Wissenschaftlern

Nationalrat Karl Czernetz/Österreich vor dem Kongreß „Parlament und Wissenschaft“ in Wien, 26.—28. V. 64.

HD — Je sichtbarer es von Jahr zu Jahr wurde, daß die Wissenschaft längst begonnen hat, die Gesellschaft umzuformen, je deutlicher diese Wechselbeziehung in das internationale Bewußtsein gedrungen ist, umso zwangsläufiger hat sich daraus neben dem Hochschulthema „Die Politik als wissenschaftliche Aufgabe“ das gesellschaftliche Thema entwickelt: „Die Wissenschaft als politische Aufgabe.“ In dieser simplen Fassung beherrscht es längst die publizistische Bühne der totalitären Staaten, die dafür ihre eigene einheitliche Praxis rein utilitaristischer Prägnanz entwickelt haben.

Für die Länder des Westens, die in das Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie auch die Freiheit der Wissenschaft einbeziehen, ist dieses Thema, dem heute und künftig nicht mehr auszuweichen ist, differenzierter zu stellen. Wir haben dieser Auffassung in unserem großen Bericht über die internationale Wiener Tagung „Parlament und Wissenschaft“ in Nr. 11/64 durch die Überschrift „Wissenschaftspolitik als parlamentarische Aufgabe“ betont Ausdruck gegeben. Im Rahmen der Wiener Tagung hatte Karl Czernetz, Mitglied des Österreichischen Nationalrates und Vorsitzender der Arbeitsgruppe für Beziehungen zwischen Parlament und Öffentlichkeit im Europarat, das Referat über „Die gemeinsamen Aufgaben von Parlamentariern und Wissenschaftlern bei der Durchführung der Wissenschaftspolitik“ gehalten.

Dieses Referat eines „Vollblut-Parlamentarierers“ hat in Wien seiner provokatorischen Argumente wegen, die temperamentvoll an beide Seiten, an die Parlamente ebenso wie an die Hochschulen gerichtet waren, viel Aufmerksamkeit gefunden. Wir freuen uns, es in seiner Originalfassung — allerdings unter Verzicht auf die einleitenden Formalien — vorlegen zu können. Wir haben den Text nur geringfügig gerafft, um ihn aus der gesprochenen Diktion der zu lesenden anzunähern.

*

In unseren demokratischen Staaten ist die Entscheidung über politische Konzepte nicht Sache der Regierungen allein. Politische Konzepte sollen im Zusammenwirken von Verwaltung, Regierungen und Parlamenten gemeinsam gefunden werden. Die Entscheidungsgewalt liegt in unseren parlamentarischen Demokratien bei den Volksvertretungen. Wir stehen auf einem neuen Boden, vor neuen Aufgaben der Wissenschaftspolitik, die allerdings gegenwärtig vorwiegend, fast ausschließlich, wie die meisten Berichte zeigen, von den Regierungen im Zusammenwirken mit Wissenschaftlern entworfen, vorbereitet, formuliert wird. Wenn in Anbetracht der überragenden Bedeutung der Wissenschaftspolitik für unsere Gemeinwesen — einer überagenden Bedeutung in der Gegenwart und Zukunft — die Parlamente nicht in die Vorbereitung der wissenschaftlichen Aufgaben und der Wissenschaftspolitik eingeschaltet werden, entstehen ernste Probleme und ernste Gefahren für unsere parlamentarische Demokratie.

Aber freilich stehen wir da vor der Frage: Ist denn eine Mitwirkung der Parlamentarier bei der Festlegung und Durchführung einer Wissenschaftspolitik überhaupt möglich? Ist denn eine Zusammenarbeit zwischen Parlamentariern und Wissenschaftlern möglich?

Und darf ich weiter fragen: Halten denn alle, die damit zu tun haben, eine solche Zusammenarbeit auch wirklich für notwendig und für wünschenswert? Nach dem ersten Weltkrieg, am Beginn der zweiten industriellen Revolution in den 20er und 30er Jahren, sind die Ideen der Technokraten, die Ideen einer Herrschaft der Wissenschaftler und Techniker entstanden. Darf ich die Frage

stellen: Sind diese Ideen, sind solche Vorstellungen und Träume nach den furchtbaren Erfahrungen des Faschismus und den Erfahrungen mit den kommunistischen Diktaturen verschwunden, sind sie ausgestorben?

Die Frage, die ich aufwerfe, ist sicherlich nicht allgemein zu beantworten, die Verhältnisse sind in den verschiedenen Ländern zu verschieden. Aber ich glaube, diese besorgte Frage ist wichtig. Die Frage, ob es nicht in manchen Ländern unserer freien demokratischen Welt Stimmungen, Strömungen in der Intelligenz, auch unter den Wissenschaftlern, gibt, die dahin zielen, zu fragen und zu meinen, ob in der wissenschaftlichen Revolution nun nicht auch gesellschaftliche und staatliche Formen einer Herrschaft der Wissenschaft gefunden werden müssen.

Darf ich die Frage aufwerfen, gerade auch im Zusammenhang mit einer Erfahrung, die uns alle bedrückt: Sind nicht gerade in den Ländern der westlichen, der freien Welt merkwürdige Anfälligkeiten gewisser Teile der Intelligenz für extrem-antidemokratische und diktatorische Ideologien der einen und der anderen Seite feststellbar? Besteht in der Intelligenz der freien Welt wirklich genügend Klarheit, daß gerade die wissenschaftliche Spezialisierung unserer Zeit eine Herrschaft der Wissenschaft unmöglich macht, daß es nun zu einer Herrschaft der Manager der Wissenschaft, zu einer neuen Form der Unfreiheit kommen könnte?

Entschuldigen Sie die provokatorischen Fragen, die typisch parlamentarisch sind. Aber gibt es nicht tatsächlich unter den Wissenschaftlern sehr viel Skepsis gegenüber den Parlamenten und gegenüber den Parlamentariern?

Die Wissenschaftler bedrängen mit Recht Regierungen und Regierungen mit ihren Wünschen und Forderungen, sie verhandeln mit Ministern, mit Beamten und sie verhandeln, glaube ich, im allgemeinen verhältnismäßig leicht. Aber wird die parlamentarische Demokratie nicht in manchen Ländern der freien Welt von vielen Intellektuellen und Wissenschaftlern nur als beschwerlicher Umweg zu den notwendigen Entscheidungen angesehen?

Gibt es nicht Auffassungen, wie etwa die: Wir Wissenschaftler forschen, wir öffnen die Wege zu Neuem, wir wälzen die Welt um, und die Politiker stehen uns nur im Wege. Mit den Fachbeamten, mit den Ministern kann man noch reden. Minister und Regierungen kann man mit Hilfe der Demokratie noch überreden, aber diese Parlamentarier in ihrer Unkenntnis und in ihrer Unwissenheit sind doch nur hinderlich.

Gibt es nicht mitunter eine Auffassung: Gibt es schon diese Parlamente gibt, dann sollen sie doch wenigstens die notwendigen Geldausgaben beschließen, aber nicht so viel fragen, nicht so viel reden, wenn sie ohnehin nichts davon verstehen!?

Ich begreife, daß viele Wissenschaftler ungeduldig sind. Viele lehnen Parteipolitik und Parteiauffassungen besonders in Wissenschaftsfragen und Fragen der Wissenschaftspolitik ab, und sie klagen über die Inkompetenz der Parlamente in Wissenschaftsfragen. Entschuldigen Sie meine Offenheit. Aber sind es tatsächlich Übertreibungen, die ich hier provokatorisch vortrage? Sicher ist es in verschiedenen Ländern verschieden, aber gibt es nicht die von mir angedeuteten Stimmungen und Tendenzen?

Die beiden Minister, deren Vorträge wir gestern gehört haben, waren optimistisch in Bezug auf den Einfluß der Wissenschaft auf die Entwicklung und Stärkung der Freiheit. Herr Minister Hogg sagte ungefähr: „Unter dem Einfluß des wachsenden Wohlstandes wird das Niveau der Erziehung überall steigen, und im ganzen muß das die

Freiheit begünstigen“. Herr Minister Palewski sagte: „Die Wissenschaftler werden den Menschen durch die Hebung des intellektuellen Niveaus im Kampf gegen die Diktatur helfen“. Ich stimme dem zu. Aber das ist nur die eine Seite.

Gibt es nicht auch noch eine andere Seite? Dürfen wir übersehen, daß Wissenschaft und Technik, gerade zu unserer Zeit, den Diktatoren größere Machtmittel zur physischen, geistigen, psychischen Beherrschung der Menschen geben, denn je zuvor? Und die sozialen, die politischen Folgen der wissenschaftlichen Revolution unseres Zeitalters sind durchaus nicht so einfach und so eindeutig. Ich glaube, das Wort von der Revolution der Manager war eine Übertreibung, aber die Macht der Managerschicht in der Wirtschaft ist nicht zu unterschätzen. Die Macht der staatlichen Bürokratie dürfen wir nicht unterschätzen. Die Macht wissenschaftlicher Experten ist nicht zu unterschätzen. Haben wir hier nicht oligarchische Tendenzen in unserer modernen Gesellschaft vor uns, die von größter Bedeutung sind?

Ich spreche über diese Dinge, nicht weil ich der Meinung bin, daß diese Tendenzen obsiegen müssen, aber ich glaube, daß es berechtigt ist, zu dem erfreulichen Optimismus der beiden Minister, die wir gestern gehört haben, hinzuzufügen, daß die Sicherung der Demokratie und der Freiheit in Gegenwart und Zukunft nicht automatisch ein Ergebnis der wissenschaftlichen Entwicklung sein wird.

Als Demokraten, so glaube ich, müssen wir uns dessen bewußt sein, daß die Menschen bewußt in den Prozeß der staatlichen und gesellschaftlichen Entwicklung einzugreifen haben. Über diese Fragen haben wir zu reden, weil auch die Einschaltung der Parlamente in die Wissenschaftspolitik, in dieses Ringen um die Sicherung der Demokratie und Freiheit gehört. Wenn die Wissenschaftspolitik, deren Wichtigkeit von allen hier betont wurde, nur in den Händen der Regierungen, der Bürokratie und der Wissenschaft liegt, und die Parlamente nicht mit eingeschaltet sind, wenn die Parlamente keine wirkliche Kontrolle über die Wissenschaftsbudgets der Staaten haben, dann haben wir eine Abdankung der Parlamente vor uns, dann gibt es keine echte Demokratie. Müssen wir nicht diese Gefahr sehen, eine Gefahr, die wachsen kann mit dem wachsenden Fortschritt der wissenschaftlichen Revolution? Ich hoffe besonders auf das Verständnis und die Zustimmung der Wissenschaftler, denn gerade für die Wissenschaft ist die Freiheit, die Freiheit der Forschung, die Freiheit des Geistes das unerläßliche Lebens- element.

Ich bin mir aber dessen bewußt, daß die Heranziehung der Parlamente, die Zusammenarbeit der Parlamentarier mit den Wissenschaftlern, wenn sie gewünscht wird, wenn sie für notwendig gehalten wird, nicht leicht zu erreichen und nicht einfach ist. Gestatten Sie, daß ich auch über diese Schwierigkeiten so offen spreche wie über die andere Seite. Wir denken nicht daran zu leugnen, daß in unseren Parlamenten, unseren Volksvertretungen, die ja das Bild unserer Völker widerspiegeln, ein wissenschaftlicher Analphabetismus herrscht. Mit verlängerter Schulzeit, mit der Mittelschule für alle, wie Minister Hogg gestern sagte, wird in 20 oder 30 Jahren, mit der Hebung des allgemeinen Bildungsniveaus der Bevölkerung auch eine Hebung des wissenschaftlichen Niveaus der Parlamente zu erwarten sein. Ich fürchte nur, daß wir nicht so lange warten dürfen.

Wenn man die Forderung stellt, mehr Wissenschaftler ins Parlament, dann darf ich darauf aufmerksam machen, daß das nicht so leicht zu verwirklichen ist. Wissenschaftler, die ins Parlament wollen, werden vermutlich ihre wissenschaftliche Tätigkeit sehr einschränken müssen, wenn sie sich im Getriebe der Politik so durchsetzen wollen, daß sie Aussicht haben, ins Parlament zu kommen. Wir sollen keine Illusionen darüber haben. Wir sollen die Parlamente und die Parlamentarier zunächst nehmen wie sie sind, aber nicht so lassen wie sie sind. Herr Lindsay hat in seinem Bericht aufmerksam gemacht, daß in den Vereinigten Staaten nach dem Ende des Krieges ungemein interessante Versuche unternommen und erfolgreich durchgeführt worden sind, Versuche, Informationskurse wissenschaftlicher Art für Kongreßmitglieder und Senatoren über wissenschaftliche Fragen durchzuführen. Man könnte also den Scherz machen unter der Losung: die Abgeordneten auf die Schulbank oder in die Hörsäle. Ja warum denn nicht? Besonders die Wissenschaftler in diesem Saale wissen, daß man eine andere Sprache sprechen muß, um mit den gewöhnlichen, nur aus dem Volke kom-

menden Abgeordneten überhaupt eine Basis der Verständigung zu finden.

Ich habe erst kürzlich in Deutschland in dem Appell eines deutschen Soziologen, Professor Bart, gelesen, der sich dort gegen eine pseudo-elitäre Schamhaftigkeit der Wissenschaftler wendet. Er tritt ein für die Notwendigkeit der Übersetzung aus einem Kommunikationsmittel in die anderen, und er sagt: „Die Gelehrten müssen sich verständlich machen, denn wo Spezialisten ihre eigene Sprache haben, versagt die Demokratie.“

Parlamentarier werden in solchen Informationskursen keine Wissenschaftler werden, keine Experten, aber sie werden die Probleme verstehen lernen, und sie werden die Fähigkeit gewinnen können, an den allgemeinen wissenschaftspolitischen Entscheidungen mitzuwirken. Wenn Volksvertreter, wenn Parlamentarier Lebensfragen unserer Gesellschaft und unserer Staaten nicht mehr verstehen und nicht entscheiden können, dann gibt es keine echte parlamentarische Kontrolle, aber dann wird die Demokratie zur Farce.

Herr Lindsay zeigt in seinem Bericht, welche Schritte zunächst notwendig und möglich sind. Darf ich einige Punkte, die er behandelt hat, herausgreifen? Die Verhältnisse sind in den einzelnen Ländern so verschieden, daß man keine allgemeinen Regeln, kein allgemein gültiges Förderungsprogramm aufstellen kann. Aber ich darf sagen, daß schon vor drei Jahren der Besuch einer Gruppe von Abgeordneten des Europarates gemeinsam mit Wissenschaftlern, die von der OECD damals nach London zur ersten parlamentarisch-wissenschaftlichen Konferenz zusammengerufen wurden, in dem Beispiel der britischen parlamentarisch-wissenschaftlichen Kommission außerordentlich viel Wichtiges und Lehrreiches gezeigt hat.

Wir glauben immer noch, daß dort, wo es so etwas nicht gibt, unoffizielle, unformelle parlamentarisch-wissenschaftliche Kommissionen wie die britische wünschenswert sind. Wir werden im Europarat unseren Kollegen in den nationalen Parlamenten dringend anraten, solche Bemühungen zu unterstützen, und wir hoffen auf die Hilfe, die Unterstützung, die Mitarbeit der Wissenschaftler bei der Schaffung solcher parlamentarisch-wissenschaftlichen Kommissionen. Sie sollen der gegenseitigen Information dienen, sie sollen eine Vertrauensbasis schaffen, sie sollen das gegenseitige Verständnis möglich machen.

Ich darf einen Schritt weitergehen und noch besonders hinweisen auf Punkte, die Herr Lindsay auch in seinem Bericht behandelt hat. Wo es noch keinen besonderen Wissenschaftsminister gibt, sollten die Parlamentarier ihre Bemühungen daransetzen, ein Wissenschaftsministerium in ihrem Lande durchzusetzen. Ich weiß, das ist vielfach eine Frage einer schwierigen Verfassungsänderung. Wo es nicht möglich ist, Wissenschaftsminister oder Minister für die Koordinierung der Wissenschaftspolitik durchzusetzen, müßte es mindestens möglich sein, das Zweite beste zu erreichen: Interministerielle Kommissionen für Wissenschaftspolitik.

Ich glaube, hier liegen die Verhältnisse in den Ländern verfassungsmäßig und geschäftsordnungsmäßig sehr verschieden. Die Behandlung dieses Punktes sollte nicht allein auf das englische Beispiel abgestimmt werden. In vielen anderen Ländern ist durch eine Geschäftsordnungsänderung in den Parlamenten ein parlamentarischer Ausschuß für Wissenschaftsfragen verhältnismäßig leicht zu erreichen. Ich glaube, wir werden vom Europarat nach dieser Tagung unseren Kollegen in den nationalen Parlamenten dringend empfehlen, ihre Bemühungen daranzusetzen, solche Parlamentsausschüsse für Wissenschaftsfragen durchzusetzen.

Ich glaube auch, daß unsere Auseinandersetzungen über die Notwendigkeit der Einschaltung der Parlamente in die Vorbereitung der Wissenschaftsbudgets zusammenhängen mit der Verbesserung der statistischen Methoden zur Erfassung der Aufwendungen für Wissenschaft und Forschung. Wenn man die Dokumente der OECD studiert, dann sieht man, wie groß die Unterschiede in den Mitgliedstaaten sind und wie vielfach in den Staaten überhaupt die statistischen Grundlagen zur Erfassung der Beträge fehlen, die tatsächlich für wissenschaftliche und für Forschungszwecke ausgegeben werden. Zur Schaffung der Voraussetzung einer vollen parlamentarischen Budgethoheit, auch in den so wichtigen Fragen der Wissenschaftspolitik, wird eine Verbesserung der statistischen Methoden und womöglich eine Vereinheitlichung der Methoden dringend notwendig sein.

Es wird auch häufig über die wissenschaftlichen Abteilungen der Parlamentsbibliotheken gesprochen. Ich möchte die Wissenschaftler bitten, uns in den verschiedenen Staaten und Parlamenten beim Ausbau der wissenschaftlichen Abteilungen der Parlamentsbibliotheken und der Einrichtung aktueller wissenschaftlicher Archive und Dokumentardienste zu unterstützen.

Nur wenige Länder haben bis jetzt im Rahmen ihrer Parlamente von den Regierungen unabhängige wissenschaftliche Konsulenten als Berater der Parlamentarier. Wir wissen alle aus der parlamentarischen Praxis, und ich bitte die Wissenschaftler, uns zu glauben, daß es nicht Böswilligkeit ist, wenn Fachberater und auch Wissenschaftler beschäftigt auf der einen Seite, in dem einen Zweig des staatlichen Getriebes, auf der Seite der Regierung und der Verwaltung, die Dinge anders sehen, als wenn sie auf der Seite der Volksvertretung stünden. Es sind nicht alle Dinge nur einfach objektiv zu messen, besonders wenn es Ermessensfragen, wenn es Auffassungsfragen, wenn es Einschätzungsfragen sind. Wir glauben, daß neben der Hilfe, die die Regierungen von der Seite der Wissenschaftler mit Recht verlangen und empfangen, auch die Parlamente wissenschaftliche Berater und Konsulenten brauchen. Ich glaube, nur sehr wenige Staaten haben in ihren diplomatischen Vertretungen wissenschaftliche Attachés. In unserem Zeitalter der wissenschaftlichen Revolution brauchen wir mindestens so wichtig wie Militärattachés auch Wissenschaftsattachés. Und ich meine, daß wir uns darum überall bemühen sollen.

Ich darf noch auf die Frage der europäischen und der internationalen Institutionen, ihres Ausbaus im Hinblick auf die notwendige internationale wissenschaftliche Kooperation hinweisen. Es hat gestern, als Präsident der Nachmittagssitzung, Generalsekretär Kristensen in einer Bemerkung gesagt: Wir wollen keine Vermehrung der Zahl internationaler oder europäischer Institutionen, auch nicht im Bereich der Wissenschaft. Und ich glaube auch, daß die bestehenden Institutionen in ihrer Zahl ausreichen. Es ist ja heute schon eine Spezialwissenschaft, sich im Gestrüpp der europäischen Integrationsinstrumente überhaupt zurechtzufinden. Ich glaube, die richtige Benützung der bestehenden Institutionen im Rahmen der OECD und im Rahmen des Europarates würde genügen, und ich glaube, daß wir uns im Europarat besonders darum bemühen werden, das Instrument der Sonderabkommen, der „Partial agreements“, die nur einen Teil der Mitgliedstaaten erfassen, neu zu beleben, flott zu machen und wirklich zur Anwendung zu bringen.

Die internationale Zusammenarbeit in Wissenschaftsfragen trifft unmittelbar auf die nächste Zukunft, auf Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik der nächsten Jahre zu, und

sie wird von großer und wachsender Bedeutung sein. Man sagt uns, daß in Europa bis zum Jahre 1970 durch die Automation Millionen Arbeitskräfte freigesetzt werden. Es werden gerade durch die Datenverarbeitungsmaschinen auch qualifizierte Bürokräfte freigesetzt. Gleichzeitig sagt man uns, daß bis zum Jahre 1970 in Europa 300 000 hochqualifizierte Fachkräfte für die Bedienung dieser Spezialmaschinen benötigt werden. Ich stimme Herrn Minister Quintin Hogg zu, wenn er meint, daß die technologische Arbeitslosigkeit als Folge der Automation vermeidbar sein müßte. Ja, aber dann darf ich mir auch die Bemerkung erlauben, daß die Automation nicht bloß eine Angelegenheit der „vested interest“ sein darf, sondern einer gesellschaftlichen Planung unterliegen muß oder, wenn manche durch das Wort verletzt sind, durch eine Programmierung im Einklang mit den allgemeinen gesellschaftlichen Zielen der menschlichen Wohlfahrt. Der Generalsekretär der OECD, Herr Kristensen, hat in seiner Begrüßungsrede am ersten Tag unserer Konferenz gemeint: „Die Naturwissenschaft ist viel weiter fortgeschritten als die Sozialwissenschaft. Die Erfolge der Naturwissenschaft machen aber eine Lenkung der menschlichen Gesellschaft komplizierter, schwieriger, und darum wird gesellschaftswissenschaftliche Forschung immer dringender. Wir müssen die neu entstandenen gesellschaftlichen Probleme studieren, um sie lösen zu können“. Herr Lindsay verlangt in seinem Rapport mit Recht eine richtige Balance zwischen der Förderung der Naturwissenschaften und der Förderung der Sozialwissenschaften.

Die Wissenschaft dringt in die Geheimnisse der Natur ein und befähigt den Menschen in wachsendem Maße zur Beherrschung der Natur; gleichzeitig aber erweisen sich die Menschen, vielleicht weniger denn je, als fähig, sich selbst zu beherrschen, die Menschheit vor Katastrophen zu bewahren und die Gesellschaft vernünftig zu gestalten.

Ich glaube, es ist keine provokatorische Übertreibung, wenn ich sage, auf keinem Gebiet des Lebens herrscht heute noch so viel Unwissenheit und Aberglaube wie im Bereich der Politik. Man sollte in unserem Zeitalter der Wissenschaft auch den Sozialwissenschaften zum Durchbruch verhelfen. Mit einem persönlichen Wort möchte ich zu den Ausführungen des Herrn Ministers Hogg sagen: Sozialwissenschaft kann doch in unserer Zeit nicht die Aufgabe haben, die Menschen zu lehren, wie sie sich der gegenwärtigen Gesellschaft anpassen und einfügen, sondern nur, wie sie sich der stürmisch ändernden Gesellschaft gegenüber vernünftig verhalten. Müßten nicht Politiker unseres Zeitalters auch Ingenieure der Gesellschaft sowie Erzieher der Menschen sein? Müßte nicht Politik in unserer Zeit verstanden werden als angewandte Gesellschaftswissenschaft, angewandt im Einklang mit den sittlichen Zielen des Humanismus?

Neugestaltung des betriebswirtschaftlichen Studiums

Lagebericht und Ausblick

Die Neugestaltung des betriebswirtschaftlichen Studiums findet ihren Niederschlag in einer Überarbeitung und Anpassung der Prüfungsordnungen für das akademische Abschlußexamen an den gegenwärtigen Stand der Wissenschaft und an die Entwicklung der Wirtschaftspraxis. Der Koordinierungsausschuß des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultätentages, einer Vereinigung der Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten und Hochschulen, hat für die Reform der Prüfungsordnungen Empfehlungen vorgelegt, die einen guten Fortschritt bedeuten, aber nach Meinung des Referenten berechtigter Interessen der Wirtschaftspraxis zu wenig berücksichtigen oder übergehen und die Besonderheit des betriebswirtschaftlichen Studienganges nicht genügend würdigen.

Der Aufbau eines weitgehend gemeinsamen Grundstudiums für Betriebswirte, Volkswirte und Wirtschaftspädagogen, das einem Wechsel der Studienrichtung in den ersten Semestern keine zu starken Hemmnisse in den Weg legt, wurde begrüßt. Dagegen wurde für das Hauptstudium eine stärkere Berücksichtigung wichtiger Grundfunktionen in der Unternehmung, wie Organisation, Personalführung, Information, zumindest eine Einführung in die modernen Lehren der Kybernetik, Automation, Systemforschung sowie in die Verfahrenslehren der Programmierung, der operations-research, in die Technik der Datenverarbeitung und in die quantitative Analyse gefordert. Besonderes Gewicht legte der Referent auf das

Studium der Entscheidungstheorie, weil sie über die pragmatische Behandlung der Verfahren hinaus geht und das ökonomische Wertungsproblem, das den Kern jeder ökonomischen Handlung darstellt, diskutiert und damit die Einzeldisziplin Betriebswirtschaftslehre in den Kosmos der Wissenschaften einordnet.

Es ist eine alte und nüchterne Erfahrung, daß Studenten nur das studieren, was Gegenstand der Prüfung ist oder für die Zulassung der Prüfung vorausgesetzt wird. Aus diesem Grunde sollten die Fakultäten die sich bietende Gelegenheit wahrnehmen und die Prüfungsordnungen stärker den modernen Erfordernissen anpassen als es scheinbar beabsichtigt ist.

Höheres, der Gegenwart angepaßtes Niveau und Intensivierung des betriebswirtschaftlichen Studiums bedingen sich gegenseitig. Sie erfordern einen mutigen Umbau des Lehr- und Forschungsbetriebes, vor allem eine vernünftige Relation zwischen der Anzahl der Studenten und der Dozenten. Aus diesem Grunde beklagte der Referent, daß mit der wahrscheinlichen Ausnahme von Regensburg alle anderen Neugründungen von Universitäten in Bochum, Bremen und Konstanz keine Ausbildung von akademischen Betriebswirten vorsehen, obwohl die alten Hochschulen und Fakultäten hoffnungslos überfüllt sind. Die nächste Generation würde die gegenwärtigen Versäumnisse bitter bezahlen müssen.

Priv.-Doz. Dipl.-Kfm. Dr. Heinrich Kloidt

Bayern überprüft seine Begabtenreserven

Erhöhung der Abiturientenzahlen um 35 % möglich

HD — Seit zwei Jahren befaßt sich das bayerische Kultusministerium mit der Frage: Wie kann das Land Begabtenreserven, die zwar vorhanden, aber noch nicht ausgeschöpft sind, für eine anspruchsvollere Ausbildung an weiterführenden Schulen gewinnen? Im wesentlichen geht es darum, die Zahl der Mittelschulabsolventen und die der Abiturienten spürbar zu erhöhen. Diesem Ziel dient der bayerische Schulentwicklungsplan von 1963. Gleichzeitig liefen andererseits intensive Vorbereitungen, um ein genaues Bild zu gewinnen von dem Umfang und der Streuung der Begabtenreserven über das Land. Mit Ausnahme von repräsentativen Erhebungen fehlte es bisher in der Bundesrepublik an wissenschaftlichen Untersuchungen über die Verhältnisse eines ganzen Landes. Man war auf Schätzungen angewiesen, die im Ergebnis sehr voneinander abwichen.

Das Kultusministerium veranstaltete deshalb im Sommer 1963 zwei große Erhebungen, die mehr als eine halbe Million Volksschüler der Volksschuljahrgänge 4 mit 8 und sämtliche Höheren Schulen erfaßten. Die Ergebnisse, die das Problem nach allen Seiten hin durchleuchten, sind nunmehr aufgearbeitet und in der vom Kultusministerium herausgegebenen Schrift „Bayern überprüft seine Begabtenreserven“ (Bayerische Schulbuchverlag, München) zusammengefaßt worden. Folgende Zahlen sind darin von besonderem Interesse:

24 v. H. Schülern eines Jahrganges werden von der Volksschule als voraussichtlich geeignet für den Besuch einer Mittelschule beurteilt,

15 v. H. treten tatsächlich in die Mittelschule ein,
4 v. H. besuchen eine andere weiterführende Schule,
3 v. H. verbleiben in der Volksschule.

Von den 19 v. H., die in die Höhere Schule eintreten, erweist sich im Laufe der Ausbildung etwa die Hälfte als für die Hochschule tatsächlich geeignet.

Rund 40 v. H. aller in die erste Klasse der Höheren Schule eintretenden Schüler bringen während der ganzen Dauer der Schulzeit genügend Interesse, Fleiß und Ausdauer auf, um tatsächlich die Hochschulreife zu erlangen. Von den etwa 8,5 v. H. vorzeitig aus der Hochschule ausscheidenden, aber zur Ablegung des Abiturs befähigten Schülern, verlassen etwa $\frac{2}{3}$ die Höhere Schule mit dem Zeugnis der Oberstufenreife, das die Voraussetzung für eine Reihe von Berufen bildet. Sie treten zum Beispiel in Ingenieurschulen und andere Fachschulen über oder werden Beamte des gehobenen Dienstes. Von einem direkten Begabtenverlust kann hier also eigentlich nicht gesprochen werden, da in den genannten Berufen auch eine überdurchschnittliche Begabung voll zur Entfaltung kommen kann.

Für die Abiturientenzahlen ergeben sich folgende Resultate: Etwa 13 v. H. eines Altersjahrgangs könnten die Hochschulreife erwerben. Darunter befinden sich ungefähr 6 v. H., die nicht in die Höhere Schule eintreten oder sie vorzeitig wieder verlassen. Die übrigen 7 v. H. erhalten das Reifezeugnis.

Die Gründe, warum Begabte, die für die Höhere Schule geeignet wären, zurückstehen, sind mannigfach:

Ein Teil der Eltern ist aus finanziellen Gründen nicht in der Lage, die Kinder auf weiterführende Schulen zu schicken, ein Teil wohnt zu weit entfernt von einer derartigen Schule, ein weiterer Teil bevorzugt andere weiterführende Schulen, ein sehr großer Prozentsatz aber (1963 waren es über 80 % der trotz Eignung für die Höhere Schule in der Volksschule verbliebenen Schüler) hält den Besuch einer weiterführenden Schule nicht für notwendig. Das gleiche gilt für die Mittelschule.

Daraus kann man den Schluß ziehen, daß es möglich sein müßte, die Abiturientenzahl zu erhöhen; allerdings wurde in der Erhebung festgestellt, daß die Zahl der Abiturienten nicht beliebig erhöht oder vermehrt werden kann, sondern daß auch hier bestimmte Grenzen gesetzt seien. In Bayern hat man bei dieser Erhebung festgestellt, daß eine Steigerung der Abiturientenzahl um 35 %, bezogen auf die jetzige Zahl der Abiturienten, erfolgen kann. Der größere Teil dieser Begabtenreserve kann für die Höhere Schule jedoch nur gewonnen werden, wenn die Elternschaft auf die Notwendigkeit und den Wert einer höheren Schulbildung für den Lebensweg des Schülers überzeugt werden kann. Die Aufklärung der Elternschaft über die Bedeutung des Faktors Bildung muß durch eine intensive Werbung in der Öffentlichkeit zur Stärkung des Bildungswillens angespornt werden. Eine solche Werbung müßte sich in besonderem Maße um die Mädchen bemühen, bei denen — wie die Statistik zeigt — der größte Teil der Begabtenreserve zu finden sein wird. Durch diese Erhebung des Bayerischen Kultusministeriums konnte erstmalig eine Statistik, die mit zuverlässigen Methoden ermittelt wurde, über die Begabtenreserven erstellt werden. Dieses Problem der Größenordnung der vorhandenen Begabtenreserven hat in der Diskussion um die deutsche Bildungspolitik bisher eine große Rolle gespielt, jedoch bezogen sich alle angegebenen Werte immer nur auf mehr oder minder richtige Schätzungen. Das Land Bayern ist somit also als erstes deutsches Bundesland einen Weg gegangen, um von der reinen Schätzung der Begabtenreserven auf eine feste Grundlage zu kommen, die dem Bayerischen Kultusministerium dazu dienen wird, die zur Ausschöpfung der Begabtenreserven notwendigen Schritte zu unternehmen.

Bonner Universität steht zu ihrer Geschichte

Grundsatzklärung des Senats zur Universität während des Nationalsozialismus

Der Senat der Universität Bonn hat in einer Grundsatzklärung Stellung zu der Haltung der Universität und ihres Lehrkörpers während des Nationalsozialismus in Deutschland genommen. Anlaß zu dieser Erklärung waren Angriffe, die in der Wochenzeitschrift „Die Zeit“ gegen den neu gewählten Bonner Rektor, den Germanisten Prof. Dr. Hugo Moser, gerichtet waren. Die Bonner Universität hatte die Angriffe auf Moser zurückgewiesen. Moser war vorgehalten worden, er habe Publikationen im nationalsozialistischen Sinne geschrieben.

Die Erklärung des Senats hat folgenden Wortlaut:

„Wie alle Institutionen in Deutschland und zahlreiche Menschen sind auch die Universität Bonn und die Mehrzahl der älteren Mitglieder ihres Lehrkörpers in die vom Nationalsozialismus bestimmten Verhältnisse zwischen 1933 und 1945 auf verschiedene Weise verstrickt gewesen. Im Bewußtsein dieser Tatsache waren und sind die Universität und die Angehörigen ihres Lehrkörpers ohne weiteres bereit, sich begründeter öffentlicher Kritik zu stellen. Die Verpflichtung der Wissenschaft zur Wahrhaftigkeit sowie die öffentliche Aufgabe der Universität fordern von ihr, daß in Hinsicht auf ihre Vergangenheit

nichts von dem, was geschehen ist oder unterlassen wurde, beschönigt oder vertuscht, verschwiegen oder gar abgestritten wird. Die Verlautbarungen, die nach dem publizistischen Angriff auf den gewählten Rektor von der Universität Bonn herausgegeben worden sind, sind von verschiedenen Seiten in einem Sinne verstanden worden, der im Gegensatz zu dem erklärten Willen der Universität steht, der Öffentlichkeit Rede und Antwort auf die Frage nach dem Verhalten der Hochschule und ihrer Angehörigen während der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft nicht schuldig zu bleiben. Die Universität bedauert es, daß dieser Eindruck entstanden ist. Sie begrüßt jeden Schritt, der geeignet ist, die verwickelten Fragen klären zu helfen, die ihre Verantwortung und ihr Schicksal in den dunklen Jahren betreffen.

Dies gilt auch für die Rolle, die die dem Lehrkörper angehörenden Personen in der nationalsozialistischen Zeit gespielt haben. Hierbei ist im Einzelfall die Abwägung persönlicher Schuld noch schwieriger als die Abgrenzung von Versagen und Bewährung der Institutionen. Da eine Beschränkung der Wählbarkeit zu akademischen Ehrenämtern mit dem Wesen einer Korporation gleichrangiger

„Ein Studium frei von Not ermöglichen“

Jahresbericht 1963 des Deutschen Studentenwerkes

HD — Wenn das Deutsche Studentenwerk seinen Jahresbericht 1963 vorlegt, so ist dieser auch als Rechenschaft des Bundes und der Länder über die Förderung der deutschen Studenten zu werten. Sicher ist das Deutsche Studentenwerk nicht als der einzige Träger der Studienförderung an den deutschen Hochschulen anzusehen — hier spannt sich ein weiter Kreis von Institutionen die Stipendien verleihen —, dennoch fließt der größte Anteil der für diesen Zweck ausgegebenen Gelder durch die Hände des Studentenwerkes, das als Treuhänder der „Allgemeinen Studienförderung“ nach dem Honnefer Modell arbeitet. Aber auch auf den Sektor der Studentischen Krankenhilfe, der Studentenwohnheime, der Mensen und des Studentischen Jugendarbeitsprogramms richtet das Studentenwerk seine Initiative. Nur über die Arbeit, Erfolge und Wünsche des Deutschen Studentenwerkes einen Bericht zu verfassen wäre nicht gerechtfertigt, würde man nicht die Tätigkeit der örtlichen Studentenwerke an den einzelnen Hochschulen gleichzeitig würdigen.

Die Tätigkeit im Berichtsjahr 1963 war gewiß überschattet von einem Ereignis: der Verband Deutscher Studentenschaften sah sich veranlaßt, seine Arbeit im Deutschen Studentenwerk niederzulegen und seine Mitglieder aus dem Vorstand zurückzuziehen. Im vorliegenden Jahresbericht versucht nun die Geschäftsführung des Studentenwerkes seine Haltung zu dieser Problematik darzulegen und zu rechtfertigen. Die Auseinandersetzung mit dem VDS zieht sich daher wie ein roter Faden durch den gesamten Arbeitsbericht. Wir wollen in diesem Widerstreit der Parteien keine Stellung beziehen und auch die Tatsachen, die den Anlaß für den Schritt des VDS bildeten, nicht noch einmal aufzählen. Für die, bei einer solchen Mißstimmung zwischen einzelnen Verbänden eigentlich Betroffenen, in diesem Falle die Studenten, könnte sich eine neuerliche Zusammenarbeit nur positiv auswirken.

Allgemeine Studienförderung

Im Sommersemester 1963 sank der Anteil der nach den Bestimmungen der Allgemeinen Studienförderung geförderten Studenten gegenüber der Gesamtzahl der Studierenden auf 14,5 %, obwohl die Zahl der Stipendiaten auf 33 000 anstieg. Den Förderungseinrichtungen der Hochschulen wurden 1963 zur Finanzierung der Allgemeinen Studienförderung über das Deutsche Studentenwerk rd. 37 Mio. DM zur Verfügung gestellt (25 Mio. DM für Stipendien, 12 Mio. DM für Darlehen). Aus den Länderetats flossen ungefähr 24 Mio. DM, weiter verzichteten die Länder durch Gebührenbefreiung der geförderten Studenten auf hohe (leider unbekannt) Beträge.

Schon durch den Rückgang des Anteils der Stipendiaten auf 14,5 % wird es verständlich, daß das Deutsche Studentenwerk die Studienförderung nach dem Honnefer Modell als sein größtes Sorgenkind bezeichnet. Als Unterlage für eine sachliche Untermauerung einer Forderung auf Erhöhung der Ansätze der Studienförderung lagen zu Be-

und gleichberechtigter Professoren unvereinbar ist, muß die Universität es der persönlichen Gewissensentscheidung und dem Verantwortungsbewußtsein jedes einzelnen ihrer Angehörigen überlassen, ob sich ihm im Hinblick auf sein Verhältnis zum Nationalsozialismus Zurückhaltung bei der Übernahme derartiger Ämter empfiehlt. Dabei wird ein strenger Maßstab anzulegen sein.

Was die gegen den Rektor der Universität Bonn aufgrund eines 1935 erschienenen Artikels und eines von ihm mit zwei anderen Herausgebern 1938 veröffentlichten Liederbuches erhobenen Anschuldigungen betrifft, so konnten die der Öffentlichkeit unterbreiteten Zitate bei manchen Lesern den Eindruck erwecken, daß der Angegriffene sich seinerzeit zum Nationalsozialismus bekannt und ihn gefördert habe. Äußerungen solcher Art, die der Autor längst nicht mehr vertritt, sind gewiß nicht leicht zu nehmen. Die der Öffentlichkeit bereits mitgeteilten Umstände und Tatsachen, die die Haltung des Rektors gegenüber dem Nationalsozialismus klarstellen, sowie die seinen Kollegen durch langjährige Zusammenarbeit bekannte menschliche und politische Integrität haben jedoch seinerzeit den Senat bestimmt, das ihm ausgesprochene Vertrauen zu bestätigen.“

ginn des Berichtsjahres bereits die Ergebnisse der eigens durchgeführten Untersuchung „Elternhaus und Studienfinanzierung“ vor. Diese Untersuchung gibt über eine zumutbare Belastung des Elternhauses bei der Studienfinanzierung Auskunft, und war unmittelbarer Anlaß für eine rasche Einigung über Vorschläge zu einer grundlegenden Neufassung der Studienförderung. Nicht nur nach den Wünschen des Studentenwerkes sollten die neuen Richtlinien bereits mit Beginn des Wintersemesters 1963/64 in Kraft treten, auch die Kultusministerkonferenz hatte bereits grundsätzlich ihre Zustimmung gegeben. Der Verband Deutscher Studentenschaften stellte sich jedoch gegenüber jeglicher Darlehensregelung im Rahmen der Studienförderung in Abwehr. Dieser Meinung schloß sich die Ständige Konferenz der Kultusminister nach langen Beratungen teilweise an und stellte in einer Sitzung im September vorigen Jahres die Darlehensregelung vorerst zurück. Somit war an eine Verbesserung der Sätze der Studienförderung mit Wirkung Wintersemester 1963 nicht mehr zu denken. Erst im März dieses Jahres — ein Jahr später — wurde eine Neufassung der Allgemeinen Studienförderung durch Bund und Länder in Kraft gesetzt. Die neue Regelung sieht einen Förderungsmeßbetrag in Höhe von 250,— DM vor, ab dem 3. Semester zu 40 % bis zu einer Gesamthöhe von 2500,— DM als Darlehen, außerdem wurde die Bemessungsgrundlage erhöht.

Gegen diese Darlehensregelung opponieren noch immer mehrere Institutionen; dem Studentenwerk wurde sogar der ungeheuerliche Vorwurf gemacht, daß für sein Beharren auf der Vergabe von Darlehen nicht nur uneigennützig, sondern sogar sehr reale Gründe ausschlaggebend waren. Für die Verwaltung der Darlehensgelder erhält das Studentenwerk 3 % Verwaltungsgebühr, 1,5 % die örtlichen Einrichtungen und die zweite Hälfte das Deutsche Studentenwerk in Bonn. Nach vorsichtigen Schätzungen bedeutet dies für das DSW im Jahr 1964 Einnahmen aus Verwaltungsgebühren in der Höhe von 400 000,— DM, ein Betrag, der umso höher wiegt, wenn man weiß, daß die anfallenden Geschäftsführungskosten des Studentenwerkes zum größten Teil vom Bund getragen werden. Im Berichtsjahr 1963 erzielte das Deutsche Studentenwerk einen Überschuß von rd. 340 000,— DM; der Erwerb eines weiteren Grundstückes in Bad Godesberg noch nicht mit einbezogen.

In Fragen der Studenten-Förderung ist das Studentenwerk ein Sprachrohr der Wünsche der Studenten, das sich sicherlich bei vielen Stellen Gehör verschafft. Eine Allgemeine Studienförderung wird aber nur dann einen Grad von besonderer Wirksamkeit erreichen, wenn Bund und Länder sich bereit erklären, die Freibeträge für die unterhaltspflichtigen Familien und die Förderungsmeßbeträge im Verhältnis zu den steigenden Lebenshaltungskosten vernünftig wachsen zu lassen. Die im März dieses Jahres erfolgte Erhöhung der Beträge — basierend auf ein Jahr alten Vorschlägen — konnte jedenfalls bereits bei Beschlusfassung als überholt bezeichnet werden. Nicht zuletzt wird diese Behauptung durch die vor kurzem an die Öffentlichkeit gedungenen maßvollen Wünsche des VDS auf eine weitere Verbesserung der Studienförderung, die bei allen maßgebenden Institutionen, auch staatlicherseits, ungeteilte Zustimmung fanden, bewiesen.

Studentisches Jugendarbeitsprogramm

Zum ersten Male standen für die Durchführung des Studentischen Jugendarbeitsprogramms mehr als eine Mio. DM zur Verfügung. Insgesamt waren 3800 Studierende in der Jugendsozialarbeit tätig, die Arbeitsplätze erstreckten sich dabei von Kinder- über Fürsorgeheime bis hin zu Blinden-Heil- und Pflegeanstalten. Die Nachfrage nach Arbeitsplätzen war bedeutend höher als die Zahl der vorhandenen Stipendien.

Hochschulsanatorium

Im Hochschulsanatorium St. Blasien wurden auch im Jahre 1963 wieder eine Reihe von an Tuberkulose erkrankten Studenten ausgeheilt. Dabei versuchte man, diese Erkrankten, die durch ihre Leiden längere Zeit aus dem Studium gerissen wurden, durch Vorträge und Vorlesungen Freiburger Dozenten in die wissenschaftliche Arbeit zurückzuführen. Die Zahl der studentischen Pflegelinge betrug im Berichtsjahr 162, die durchschnittliche

Kurdauer fünf Monate. Die Statistik ergibt, daß bemerkenswerter Weise 92 der Erkrankten Geisteswissenschaftler waren.

Mensen, Studentenwohnheime, Tutoren

Die Modernisierung vieler Mensaküchen und die Errichtung neuer Mensen, wie sie im Bochumer Mensenplan (1962 vom DSW erstellt) empfohlen wurden, führten auch zu einer Qualitätssteigerung des Essens in vielen Hochschulorten. Bis auf Bayern und Rheinland-Pfalz haben im Jahre 1963 alle Länder einen Zuschuß zur Herstellung des Essens geleistet, um ein Mittagessen von 1000 Kal. für die Studenten kochen zu können.

Die Diskussion um Wohnheimfragen beschäftigte auch 1963 die Tagungen der Studentenwerke; die Stimmen, die sich gegen den Kollegienhausplan des Studentenwerkes aussprachen, änderten nicht ihre Meinung und beharrten auf ihrem Standpunkt, den sie auch sehr wohl begründeten. Das Deutsche Studentenwerk bereicherte die Diskussion um einen weiteren Beitrag, dessen Grundgedanke folgender war: Den einzelnen Abteilungen der neuen Hochschulen sollten Kollegienhäuser zugeordnet werden; jedoch sollten in diesen auf freiwilliger Basis zu beziehenden Häusern keine Veranstaltungen unmittelbaren akademischen Unterrichts stattfinden, sondern Ergänzungen und zusätzliche Einführungen, und zwar in dem Maße, wie sie der Mehrheitlich durch die Studenten zu besetzende Programmausschuß für zweckmäßig hielt.

Der Verband Deutscher Studentenschaften verwarf diese Erwägungen und bestritt der Hochschule die Kompetenz, selbst Wohnheime zu bauen.

Die Beratungsstelle des DSW für studentischen Wohnheimbau führte im Berichtsjahr 132 ausführliche Beratungen über Planungs- und Ausführungsfragen mit Wohnheimträgern und Architekten durch, weitere 166 Beratungen erfolgten schriftlich.

Aus Bundesmitteln wurden 1963 für den Wohnheimbau ca. 21 Mio. DM aufgewandt, womit 70 Heime anteilig gefördert werden konnten, ein Betrag, der den Bedarf nicht stillen konnte und keine spürbare Besserung der studentischen Wohnraumnot schuf.

Für das Tutoren-Programm wurden im Haushaltsjahr 1963 etwa 1,2 Mio. DM aufgebracht, womit 314 Tutoren finanziell entschädigt werden konnten. Im Durchschnitt kam auf 53 Studenten ein Tutor. Nicht ganz 70 % der Studentenheime waren am Tutoren-Programm beteiligt. Anfang April 1963 veranstaltete das Studentenwerk seine letzte regionale Tutorenkonferenz; für dieses Jahr war vorgesehen, die Tutoren in Form von Seminaren zusammenzufassen, in denen die Methodik der Tutorenarbeit erörtert und geübt werden sollte.

Wenn im Berichtsjahr 1963, das Prof. Hallermann, Vorsitzender des Vorstandes, in seinem Rechenschaftsbericht als „ein ungewöhnliches Jahr“ bezeichnete, an der Arbeit und den Vorschlägen, besonders an denen zur Verbesserung der Studienförderung des Deutschen Studentenwerkes oftmals, vordringlich aus studentischen Kreisen, Kritik geübt wurde, so muß gerechterweise an Hand des vorliegenden Jahresberichtes festgestellt werden, daß das Deutsche Studentenwerk im Jahre 1963 seine Tätigkeit im Sinne seiner Satzungen, „der akademischen Jugend ein Studium frei von Not zu ermöglichen“, wahrgenommen hat.

Neuer Präsident der Fraunhofer-Gesellschaft

HD—Die „Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung“, die sich — wie ihr Name schon sagt — der angewandten, also auch der wirtschaftsbezogenen Forschung annimmt, hielt (am 3. und 4. Dezember) ihre 15. Jahrestagung diesmal in Stuttgart ab; liegen doch sieben ihrer achtzehn Forschungsinstitute und sonstigen Einrichtungen innerhalb des Landes Baden-Württemberg. Den Mitgliedern und Freunden der Gesellschaft (Vertreter des Staates, der Wissenschaft und der Wirtschaft) wurde Gelegenheit gegeben, das Institut für Technische Physik, die Dokumentationsstelle für Bautechnik und das Institut für Produktionstechnik und Automatisierung an der TH Stuttgart, die der Gesellschaft angehören oder von ihr verwaltet werden, zu besichtigen.

Der Präsident der Gesellschaft, Dr. phil., Dr.-Ing. E. h. Hermann von Siemens, führte aus, daß die Fraunhofer-Gesellschaft für ihre eigenen Institute und für die von ihr betreuten Forschungsprojekte zur Zeit über jährliche Forschungsmittel von über 30 Millionen DM verfügen kann, die insbesondere von staatlicher Seite, aber auch von Seiten der Industrie aufgebracht werden.

Er dankte den Zuschußgebern und brachte die Hoffnung zum Ausdruck, daß sich die von dem Herrn Bundesminister für wissenschaftliche Forschung geäußerte Absicht, der Forschungsmark durch ein unbürokratisches Bewilligungs- und Abrechnungsverfahren ihren vollen Wert zu geben, bald bei allen staatlichen Zuschußgebern in die Tat umsetzen lasse.

Die Fraunhofer-Gesellschaft sei sich im klaren, daß die bisher durch ihre Arbeit erzielten Erfolge zwar ein erfreuliches Zeichen dafür sind, daß sie sich auf dem richtigen Wege befindet, nämlich dort zu helfen und zu vermitteln, wo sich praktische Ansätze zeigen; sie wisse, daß es darüber hinaus noch unendlich vieles zu tun gibt — zu sichten und zu klären sowie auszubauen und zu festigen —, wozu sie um die Unterstützung durch die angesprochenen Kreise bittet.

Nach einer nunmehr neunjährigen Amtszeit hat Dr. Hermann von Siemens in Anbetracht seines hohen Alters seinen Rücktritt erklärt. Der Vorsitzende des Senats, Prof. Dr.-Ing. E. Sörensen, stellte die Verdienste des scheidenden Präsidenten heraus, dem die Fraunhofer-Gesellschaft einen ganz wesentlichen Abschnitt ihrer erfolgreichen Entwicklung verdankt. Zum Nachfolger wurde

Prof. Dr.-Ing. F. Kollmann, Direktor des Instituts für Holzforschung und -technik der Universität München, gewählt. Dr. Hermann von Siemens wurde durch die Ernennung zum Ehrensator der Fraunhofer-Gesellschaft und durch Überreichung einer Fraunhofer-Gedenkmünze geehrt.

Prof. Dr.-Ing. E. Gassner, Darmstadt, hielt einen mit großem Interesse aufgenommenen Lichtbildervortrag zur Frage der Lebensdauerbestimmung von Fahrzeug- und Flugzeugkonstruktionen.

Die Abhandlung von Prof. Dr. phil. H. Jebesen-Marwedel über die „Wissenschaft im Spiegel der Tagespresse“ fand ebenfalls großen Beifall. Er führte u. a. aus, daß die Bedeutung der Tagespresse für die Information der Öffentlichkeit auf dem Gebiet der Wissenschaftspolitik von der Wissenschaft immer wieder hervorgehoben werde. Man finde in ihr nicht nur journalistische Darstellungen, sondern Ausführungen hervorragender Experten, die sie dafür gewonnen hat. Das Bild, das sich aus der Sammlung solcher Mitteilungen ergibt, sei jedoch wenig einheitlich. Oft werde Klage geführt in der Presse über unzureichende Forschungsförderung, über mangelhaftes Reformbestreben an Universitäten und Hochschulen und über unzureichendes Verständnis der Parlamentarier für Belange der Wissenschaft. Es fehle auch nicht an Anerkennung guten Willens bei der Behörde, für Abhilfe zu sorgen. Die größten Schwierigkeiten scheinen nach Ansicht von Prof. Jebesen-Marwedel in der Überwindung eines festgefahrenen Formalismus zu liegen, der hemmend im Wege steht, und an einer noch so starken Verwurzelung von Forschung und Lehre in der Tradition, wie sie als nicht mehr zeitgemäß angesehen werden kann.

„Die drei Größen Arbeit, Kapital, Grund und Boden gelten als die entscheidenden Faktoren, mit denen der wirtschaftende Mensch operiert. Sie genießen weitgehende Freiheit im Staat, aber sie fügen sich organisch — und nicht ohne Opfer — in die größere Einheit der staatlichen Belange ein. An ihre Seite ist als weiterer, vierter Faktor die Wissenschaft getreten. Auch von ihr wird erwartet, daß sie unter berechtigter Wahrung ihrer Freiheit auch dann ihre gesellschaftlichen Interessen zu erfüllen vermag, wenn sie nicht ohne Zugeständnisse realisierbar sind, die der Tradition abgerungen werden mußten. Ihr Ansehen steht so hoch im Kurs, daß es unter dieser ethischen Forderung nicht leiden würde.“

Aus der Arbeit der Deutschen Forschungsgemeinschaft

Durchleuchtung des Wirtschaftskreislaufs

Das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung in München stellt gegenwärtig einen detaillierten Querschnitt durch den Kreislauf der Volkswirtschaft in der Bundesrepublik auf. In sogenannten Input-Output-Tabellen wird jeweils für ein Jahr eine volkswirtschaftliche Bilanz gezogen, in der die Entstehung und Verwendung von Waren und Dienstleistungen in den Teilbereichen der Wirtschaft ausgewiesen werden.

Eine erste Input-Output-Tabelle für die Bundesrepublik Deutschland mit vorläufigen Zahlen für das Jahr 1961 konnte Anfang dieses Jahres vorgelegt werden und hat ein positives und nachhaltiges Echo gefunden. Sobald eine Reihe solcher Tabellen für mehrere Jahre vorliegt, lassen sich daraus funktionale Abhängigkeiten zwischen den einzelnen Sektoren der Volkswirtschaft gewinnen, d. h. man kann feststellen, wie Produktion und Nachfrage in einem Zweig der Wirtschaft die anderen Sektoren beeinflussen. Aus einer sinnvollen Verbindung der einzelnen Funktionen läßt sich dann ein Gesamtmodell für die Wirtschaft erstellen. Dadurch werden tiefere Einblicke als bisher in die Wirtschaftsstruktur und ihre Veränderungen möglich.

Thesaurus Linguae Latinae

Im Jahre 1893 wurde durch die Vertreter zahlreicher wissenschaftlicher Akademien und Gelehrter Gesellschaften der Thesaurus Linguae Latinae gegründet, der als „Schatzkammer der lateinischen Sprache“ das gesamte lateinische Schrifttum von den Anfängen bis zum Beginn des Mittelalters auf wissenschaftlicher Grundlage lexikalisch werten sollte. Mit Recht nahm man an, damit ein monumentales Werk für alle linguistischen, philologischen und historischen Untersuchungen auf diesem Gebiet zu schaffen und ein getreues Abbild vom Wesen der lateinischen Kultur überhaupt zu geben. Aber die Arbeiten waren nicht 1914 abgeschlossen, wie man gehofft hatte. Sie überdauerten den ersten Weltkrieg, die Zeit zwischen den beiden Kriegen und auch die zweite große Katastrophe und alle Wirren, die dieser folgten.

Heute ist der Thesaurus Linguae Latinae eines der wenigen großen wissenschaftlichen Unternehmen, die noch von gelehrten Organisationen in ganz Deutschland getragen werden. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft, die das Unternehmen seit 1949 zusammen mit mehreren anderen deutschen und ausländischen Institutionen finanziert, hat in den letzten beiden Jahren rd. DM 350 000,— zur Verfügung gestellt.

Himmelsbeobachtungen auf der Südhalbkugel

Es gibt Sterne, die regelmäßig oder unregelmäßig ihre Helligkeit verändern. Der Anteil solcher Sterne an der Gesamtzahl aller Sterne und die Bestimmung von Periode und Stärke der Lichtschwankungen sind für unsere Vorstellungen über die Struktur der Milchstraße und anderer Sternsysteme besonders interessant. Bedingt durch die Lage der Universitäten und der ihr angeschlossenen Sternwarten weiß man über den Nordhimmel zwar sehr viel, hat aber wegen fehlender Beobachtungen am Südhimmel nur begrenzte Vorstellungen von den Gesamtstrukturen dieser Sternsysteme.

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft hat deshalb in den letzten vier Jahren der Reims-Sternwarte, Astronomisches Institut der Universität Erlangen-Nürnberg, 180 000,— DM für Beobachtungen in Südafrika und für Auswertegeräte (Blinkkomparator und Irisblendenphotometer) in Bamberg zur Verfügung gestellt.

Ein auf dem Gelände des Boyden-Observatory nahe Bloemfontein aufgestellter Astrograph mit 6 gegeneinander versetzten Kameras nimmt mit Belichtungszeiten von 1 Stunde laufend den Himmel auf. Da das anfallende Material sehr umfangreich ist, werden für die Auswertung elektronische Rechenmaschinen eingesetzt.

Magenchirurgie

Der operierte Magen reagiert unterschiedlich je nach der angewandten Operationsmethode. Eine Münchener Arbeitsgruppe wird mit Hilfe der Deutschen Forschungsgemeinschaft die Funktion der Bauchspeicheldrüse nach Magenoperationen untersuchen. Weiter soll festgestellt werden, welcher Art die Störungen bei der Nahrungsverwertung

nach verschiedenen Operationsverfahren sind. Ziel der Untersuchungen ist es, Beiträge zu einer individuellen form- und funktionsgerechten Magen Chirurgie bei Krebs oder Geschwüren zu leisten.

Künstliche Beregnung in der Landwirtschaft

Trotz vieler einzelner Arbeiten über den Wasserhaushalt des Bodens und der Pflanze ist man bei der Bewässerung landwirtschaftlicher Kulturpflanzen auch heute noch weitgehend auf praktische Erfahrungen angewiesen, die aber jeweils nur regional gültig sind. Besondere Schwierigkeiten bereitet die Entscheidung über den rechtzeitigen Einsatz der künstlichen Beregnung.

In einem von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Versuchsprogramm sollen gleichzeitig die Veränderungen des Wasserhaushaltes im Boden, in der Pflanze und in der Atmosphäre untersucht werden, um daraus allgemeingültige Kriterien für den zweckmäßigen Zeitpunkt und die Menge der Wasserzufuhr zu gewinnen.

Geochemisches Isotopenlaboratorium in Göttingen

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft hat DM 175 000,— für das Zentrallaboratorium für die Geochemie der Isotope in Göttingen bewilligt. Es handelt sich bei diesem von der Forschungsgemeinschaft getragenen Laboratorium um eine Hilfseinrichtung der Wissenschaft, die allen in der Bundesrepublik auf dem Gebiet der Schwefel- und Sauerstoffisotopengeochemie arbeitenden Forschern zur Verfügung steht.

Kernstück der Ausstattung des Laboratoriums, das sich nur mit stabilen, also nicht radioaktiven Isotopen, befaßt und infolgedessen auch keine besonderen Schutzmaßnahmen erfordert, sind zwei große Massenspektrometer. Das Laboratorium steht unter Leitung von Professor C. W. Correns. Außer den Gastforschern arbeiten in Göttingen ständig zwei wissenschaftliche und sieben technische Mitarbeiter, denen es zugleich obliegt, die Methoden der Probenpräparation und der massenspektrometrischen Messung zu verfeinern. In diesem Jahr wird mit der Sauerstoffisotopentrennung zur Bestimmung der absoluten Temperatur in kalkhaltigen organischen Resten aus geologischen Zeitaltern begonnen.

Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung

Eine neue Modell-Anlage in Rheinau und eine Gleichspannungs- und Prüfanlage in Dossenswald wurden an die 400 kV-Forschungsgemeinschaft, Heidelberg, übergeben. Wissenschaft, Elektrizitätsversorgungsunternehmen und Elektroindustrie arbeiten gemeinsam im Rahmen der 400 kV-Forschungsgemeinschaft an Untersuchungen über die Probleme der Übertragung von elektrischer Energie mit hochgespanntem Gleichstrom. Die in Rheinau aufgebaute neue Netzmodellanlage ermöglicht vielfältige Untersuchungen im Modellmaßstab 1:100 (bei Spannung und Strom), bei denen Drehstromnetze, Kraftwerke und eine dazwischenliegende Gleichstrom-Übertragung nachgebildet werden können. Es ist vorgesehen, beim weiteren Ausbau der Anlage eine dritte Kopfstation (Kraftwerk oder Drehstromnetz) nachzubilden, so daß die Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung bei vermaschten Netzen im Modell untersucht werden kann.

Die Gleichspannungsprüfanlage in Dossenswald ermöglicht an einer 1 km langen Versuchsleitung Untersuchungen mit hochgespanntem Gleichstrom bis zu 450 000 Volt gegen Erde und soll zur Prüfung von Kabeln, Freileitungen und Isoliermaterial im Dauerbetrieb eingesetzt werden.

Die Finanzierung des kostspieligen und großangelegten Projektes ist das Ergebnis einer erfolgreichen Zusammenarbeit und Aufteilung der Lasten zwischen der in der 400 kV-Forschungsgemeinschaft zusammengeschlossenen Industrie und Energieversorgungsunternehmen, dem Bundesministerium für Wirtschaft und der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

Beilage

Einem Teil dieser Ausgabe des Hochschul-Dienstes ist ein Prospekt des VDE-Verlages, Berlin, beigelegt. Wir bitten unsere Leser um Aufmerksamkeit für diese Beilage!

Überwindung des Bildungsnotstandes

Große Kulturdebatte des Deutschen Bundestages zur Frage der Überwindung des Bildungsnotstandes und der Errichtung eines Bildungsrates

HD — Eine große Anfrage der SPD-Fraktion an die Bundesregierung zur Überwindung des Bildungsnotstandes und ein gemeinsamer Antrag von CDU/CSU und FDP zur Errichtung eines Bildungsrates bildeten den Hintergrund für eine sechsstündige kulturpolitische Debatte der 151. Plenarsitzung des Bundestages. Abgeordneter Erler, der Fraktionsvorsitzende der SPD, begründete selbst die Große Anfrage seiner Partei, die sich in acht Punkte gliederte, und Fragen der Förderung der wissenschaftlichen Forschung sowie Aufgaben der Bildungsplanung beinhalten. Abg. Erler verwies in seiner Rede darauf, daß der Bildungsnotstand eine „bedauerliche Tatsache und nicht etwa eine Übertreibung“ sei. Er betonte, daß sehr viel von der Lösung der Probleme unseres Bildungswesens abhängen werde, und ob wir morgen und übermorgen im wirtschaftlichen Wettbewerb mit anderen Völkern bestehen können — und zwar nicht nur im wirtschaftlichen Wettbewerb, sondern auch im Wettbewerb zwischen einer freiheitlichen Ordnung und einer totalitären Ordnung — werde von der Ausbildung unserer Jugend bestimmt. Der SPD-Sprecher führte aus, daß ein großes Bildungsgefälle zwischen den deutschen Ländern bestehe. Aber nicht nur das. Zwischen der Bundesrepublik und anderen europäischen Ländern sei ein noch größeres Bildungsgefälle vorhanden. Erler forderte daher die Bundesregierung auf, an der Erarbeitung eines nationalen Bildungsplanes mitzuwirken, dessen Aufgabe es u. a. sei, bei der Ausstattung unseres Bildungswesens darauf zu achten, daß die notwendigen Begabungsreserven ausgenutzt würden und daß bei der Ausbildung sowohl an Quantität als auch an Qualität gleichermaßen gedacht werde.

Die bereits am Parteitag der SPD in Karlsruhe aufgestellte Forderung, bis 1970 jährlich rund 5,5 % des Bruttosozialprodukts für den Bildungsaufwand zu verwenden, wurde von Erler erneut. Die Frage des Bildungsrates schnitt er dagegen nur kurz an und meinte, daß auf dem Gebiet der Bildungsplanung die engste Koordination zwischen Bund und Ländern durch einen Bildungsrat nötig sei. Zur Unterstützung des Bildungsrates schlug er weiters einen ständigen Ausschuß zwischen Bund und Ländern vor, damit die Forschungsergebnisse und die Kenntnisse des Bildungsrates in die Planung der für die Entscheidung zuständigen Exekutive hineingegeben werden könnten. Seiner Ansicht nach fehle noch in der jetzigen Struktur des Bildungsrates dieses Bindeglied.

Ausbildungsförderungsgesetz gefordert

In Übereinstimmung mit der FDP fand sich der SPD-Fraktionschef, als er ein einheitliches Ministerium forderte, in dem wissenschaftliche Forschung, Ausbildungsförderung, Bedarfsplanung, — also die wesentlichen kulturpolitischen Zuständigkeiten des Bundes — unter einem Minister zusammengefaßt sind.

Die letzte Frage aus dem Komplex der Großen Anfrage der SPD bezog sich darauf, ob die Bundesregierung bereit sei, ein spezielles Gesetz über die Ausbildungsförderung vorzulegen. Zur Begründung dieses Wunsches, ein Ausbildungsförderungsgesetz durch den Bundestag zu beschließen, wies Erler auf das Wirrwarr der Maßnahmen hin, da ja die Förderung der Ausbildung von mehreren Ministerien durchgeführt wird. Erler sagte dazu wörtlich: „In den Bereichen der qualifizierten Ausbildung ist heute schon zu erkennen, welche Lücken in den kommenden Jahrzehnten entstehen werden, wenn nicht bewußt in eine bestimmte Richtung der Ausbildung hin angeregt wird. Es wird nicht zu einem Ziel hin gefördert, sondern von einem Empfangsgrund her. Das ist unübersichtlich für die Empfänger und unzureichend für die Quantität. Das reicht auch nicht aus, um die Begabungsreserven dort zu wecken, wo sie vorhanden sind, und sie sich ihrer Art entsprechend entfalten zu lassen.“ Die Begabungsreserven seien in der Arbeiterschaft, auf dem Lande und bei den Mädchen zu finden. Er verwies hier auf die Erhebung des Bayerischen Kultusministeriums (s. unsere heutige Ausgabe S. 6). Abschließend führte Erler in der Begründung der Großen Anfrage der SPD zur Überwindung des Bildungsnotstandes an, daß die Bildungspolitik eine Gemeinschaftsaufgabe der modernen Industriegesellschaft und der freiheitlichen Demokratie sei. Zur Überwindung des Bildungsnotstandes müsse unser Föderalismus als „Struk-

turprinzip in Zusammenarbeit“ begriffen werden und nicht als Prinzip der Konkurrenz oder des Gegeneinanders.

Ausarbeitung eines nationalen Bildungsplanes

Innenminister Höcherl beantwortete für die Bundesregierung die Große Anfrage der SPD. Einleitend verurteilte er das von der SPD aufgegriffene Schlagwort des Bildungsnotstandes, das er für eine Übertreibung, und zwar für eine nicht ungefährliche Übertreibung hält. Er betonte, daß es einen Bildungsnotstand nur im Jahre 1945 gegeben habe und daß seit damals von der Bundesregierung und von den Ländern Großes geleistet wurde, um unser Bildungswesen aus den Trümmern des Nationalsozialismus neu aufzubauen. Höcherl sieht in dem Begriff des Bildungsnotstandes nur den Ausdruck der bleibenden Notwendigkeit, Möglichkeiten zu schaffen, mit deren Hilfe den sich steigenden Herausforderungen einer rapide sich wandelnden Umwelt auch mit bildungspolitischen Mitteln begegnet werden könne.

Eine durchgreifende Verwirklichung der bildungspolitischen Aufgaben unserer hektischen Gegenwart, ohne überregionale Planung und Koordinierung, wäre ohne Beteiligung des Bundes nach Ansicht von Minister Höcherl nicht möglich gewesen. Er vertrat die Meinung, „daß nur in einer vernünftigen Partnerschaft zwischen Bund und Ländern eine gesamtstaatliche Verbindung der Kräfte von Bund und Ländern, eine vernünftige und moderne Bildungsplanung möglich ist.“ Der Bund solle im übrigen vor allem das Interesse einer gewissen Gleichmäßigkeit des Angebots an Bildungseinrichtungen in der Bundesrepublik zur Geltung bringen können. Nicht eine Vereinheitlichung um jeden Preis und der Selbstzweck dürfe dabei das Ziel sein, wohl aber die Schaffung gleicher Bildungschancen in allen Teilen unseres Staates auch für die Schüler.

Die Erarbeitung eines nationalen Bildungsplanes setzt nach Meinung der Bundesregierung eine Kooperation zwischen Bund und Ländern voraus. Instrument dieser Zusammenarbeit soll auf Wunsch des Bundes ein Bildungsrat sein. Dieser Bildungsrat hätte nach den Vorstellungen der Regierung und nach dem Vorbild des Wissenschaftsrates eine umfassende Konzeption für das gesamte deutsche Bildungswesen in Form von Empfehlungen zu erarbeiten und vorzulegen. Die Bundesregierung wird, wie Höcherl versicherte, die bevorstehenden Verhandlungen über die Errichtung des Bildungsrates mit den Länderministerpräsidenten zügig führen. Er betonte, daß die Bundesregierung nur angemessen in dem Bildungsrat vertreten sein möchte und es ihr nicht so sehr auf die Zahl der Sitze und der Stimmen in den beiden Kommissionen des Bildungsrates (Verwaltungs- und eine Bildungskommission) ankomme.

Unbeantwortet ließ Minister Höcherl die Frage der SPD-Fraktion über die Höhe der kommenden Aufwendungen des Bundes für den Ausbau der bestehenden und der neuen Universitäten und Hochschulen, für die Förderung der wissenschaftlichen Forschung und für die Ausbildung- und Studentenförderung in den nächsten Jahren. Er verwies nur darauf, daß die Gesamtaufwendungen von politischen Entscheidungen abhängen werden, und erklärte, die SPD-Fraktion müsse hier schon den Bericht der Bundesregierung über „Stand und Zusammenhang aller Maßnahmen des Bundes zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung“, der vom Wissenschaftsministerium ausgearbeitet wird, abwarten. Dieser Bericht wird auch eine Vorschau auf den Bedarf an Bundesmitteln bis zum Jahre 1968 geben.

Eine für die SPD sehr unbefriedigende Antwort gab Minister Höcherl auf die Frage, wann die Bundesregierung einen Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung vorzulegen gedenke. Er erklärte, daß der Zeitpunkt der Einbringung noch nicht feststehe und daß die Bundesregierung anstrebe, die Modalitäten dieser gemeinsamen Aufgabe von Bund und Ländern durch ein Verwaltungsabkommen zu regeln versuche. Ebenso ausweichend antwortete Minister Höcherl auf die Frage nach einem Entwurf für ein Ausbildungsförderungsgesetz. „Die Bundesregierung sieht in der Förderung der Ausbildung einen der wichtigsten und elementarsten Bestandteile eines nationalen Bildungsprogramms und wird

auch nicht zögern, zu gegebener Zeit die geeigneten gesetzgeberischen Maßnahmen in die Wege zu leiten“, war die Antwort Minister Höcherls. Eine angemessene finanzielle Ausbildungsförderung allein garantiere jedoch nach Ansicht Minister Höcherls keinen Fortschritt. Haupthindernis dafür, daß die Mehrzahl der Kinder trotz ihrer unbestreitbaren Eignung nicht weiterführende Schulen besuchten, sei die Einstellung zahlreicher Eltern, die einer qualifizierten Schulbildung entgegenstehe. Eine intensive und konzentrierte Werbung sollte hier erfolgen, wobei Lehrerschaft, Gewerkschaften, Frauenverbände und alle Parteien ihre Kräfte in gemeinsamer Aktion zusammenfassen müßten. Durch Aufklärung wäre gewiß manches zu verbessern.

Wissenschaftskabinetts wird ins Leben gerufen

Zur Frage der Koordination der Bundesressorts erklärte Höcherl, daß seit Jahren ein interministerieller Ausschuß bestehe, seit 1963 unter Federführung des Bundesministers für wissenschaftliche Forschung. Ihm gehörten alle Ministerien an, die neben diesem Ministerium aus ihrem Aufgabenbereich heraus mit Forschungsfragen beschäftigt seien. Für die Zusammenarbeit mit dem zu errichtenden Bildungsrat werde ein weiterer Ausschuß für Bildungsplanung innerhalb der Bundesregierung neu gegründet werden, der die Erfahrungen und Anregungen der beteiligten Bundesressorts für die Mitarbeit der Bundesregierung im Bildungsrat fruchtbar zu machen hätte. Zur Abstimmung der Grundsatzfragen zwischen den Bereichen der Förderung wissenschaftlicher Forschung, der Bildungsplanung und der Ausbildungsförderung erwägt die Bundesregierung nach Worten von Höcherl — die Einsetzung eines Kabinettsausschusses. (siehe Hochschul-Dienst Nr. 23, S. 10).

Seine Ausführungen schloß der Minister mit dem Hinweis, daß die schwierige Aufgabe einer gezielten und wirkungsvollen Bildungsplanung nur schrittweise und annäherungsweise erfüllt werden könne. „Wir werden ihr nicht gerecht, wenn wir uns nicht einen Grundsatz zu eigen machen, der unserer modernen Entwicklung und unserem wissenschaftlichen Zeitalter angemessen ist. Dieser Grundsatz muß sein, daß wir uns als Vollstrecker der Erkenntnisse der Wissenschaft und der Erfahrung im politischen Bereich fühlen und die Kräfte zusammenfassen, daß wir die Aufgabe aus dem Streit der Parteien herausnehmen und sie zu einer großen, vielleicht zu der größten nationalen Angelegenheit machen, die wir zu bewältigen haben.“

Klare Zuständigkeiten innerhalb des Bundes schaffen

Die Forderungen der FDP zur Bildungspolitik trug Abgeordneter Mörsch dem Bundestag vor. Er warf der SPD bei ihrer Forderung, den Bildungsrat eng mit dem Wissenschaftsrat zu verzahnen, eine doppelte Zunge vor, da gerade sozialdemokratische Kultusminister es gewesen seien, die eine derartige Bindung dieser beiden Institutionen in der Kultusministerkonferenz verhindert hätten. Er forderte seinerseits namens der FDP, dem Bundeswissenschaftsminister alle Kompetenzen des Bundes auf dem Gebiet der Wissenschafts- und Bildungspolitik zu übertragen. In klarer Verfolgung dieses Gedankens ergebe sich seiner Ansicht nach, daß eine Bildungskommission im Rahmen des Wissenschaftsrates unverzüglich gebildet werden müsse. In weiterer Folge der Vorschläge des FDP-Vorstandes forderte Mörsch auf, daß unverzüglich eine für alle Bundesländer gemeinsame Bildungsplanung eingeleitet werde. Zur Lösung der Zusammenarbeit mit den Ländern sollte die Errichtung eigener Planungsabteilungen in den Kultusministerien und eine Verstärkung des Planungsreferats bei der Ständigen Konferenz der Kultusminister veranlaßt werden. Schließlich schlug er vor, daß die koordinierende Arbeit der Kultusministerkonferenz in enger Verbindung mit dem Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung intensiviert werden solle. Er sprach für seine Fraktion die Hoffnung aus, daß man am Ende der Besprechungen zwischen Bundesregierung und den Kommissionen der Länder zu einem Vorschlag kommen werde, der dem Vorschlag der FDP zumindest ähnlich sei.

Der FDP-Abgeordnete vertrat weiter die Ansicht, daß vor Verhandlungen mit den Ländern zuerst klare Zuständigkeiten auf dem Gebiet von Wissenschaft und Forschung innerhalb des Bundes zu schaffen seien. Er erklärte wörtlich: „Wir können nicht auf der einen Seite den zu starken Föderalismus der Länder beklagen und uns auf der anderen Seite innerhalb der Zuständigkeiten in der

Bundesregierung um einen Partikularismus bemühen, oder diesen Partikularismus hingehen lassen, der auf einigen Gebieten tatsächlich besteht“.

Über die Probleme der Finanzierung der bildungspolitischen Erfordernisse sagte Abg. Mörsch: „Wenn wir uns hier einig sind, daß die Bildungspolitik wirklich an der ersten Stelle steht, dann sollten wir auch alle zusammen, die wir hier sitzen, den Mut haben, das in den Fraktionen und auch gegenüber der Bundesregierung entsprechend zu vertreten. Ich fürchte, daß diejenigen, die heute nicht hier sind (Anspielung auf die fast gähnende Leere des Plenarsaales während der sechsstündigen Kulturdebatte, Anm. d. Red.) ganz andere Ansichten darüber haben und daß das, was jetzt hier an die erste Stelle gerückt wird, alles das, was hier an Gehalt geboten worden ist, lediglich einen Schein darstellt, den man in wenigen Monaten vielleicht doch nicht wird einlösen können. Diese Sorge sollte uns alle zusammen bewegen. Wir sollten diese Dinge ernst nehmen und zusammenarbeiten.“

Aufgaben des Bildungsrates festgelegt

Den Antrag auf Errichtung eines Bildungsrates, der von den Regierungsparteien CDU/CSU und FDP gemeinsam im Bundestag eingebracht wurde, begründete der Abgeordnete Dr. Martin von der CDU (Vorsitzender des kulturpolitischen Ausschusses). Ausgehend von der Verwirrung, die die verschiedensten Zahlen und Statistiken hervorgerufen, die immer wieder zum Beweis des Bildungsgefälles, innerhalb der Länder gebracht werden, erklärte er, daß ein Bildungsrat vordringlich die Aufgabe hätte, einmal Klarheit in diese Zahlen zu bringen. „Wer heute kulturpolitische Entscheidungen treffen will, muß sich ein Bild davon machen, wie die demographischen Verhältnisse des Jahres 1980 aussehen, welche vermuteten wirtschaftlichen Entwicklungen es geben wird, welche sozialen Verhältnisse wir haben werden, wie die Bildungswilligkeit sein wird, wie die Stellung der Bundesrepublik im internationalen Geflecht der Kräfte und Mächte sein wird. Wer darüber nicht Bescheid weiß, kann nicht verantwortlich kulturpolitisch handeln.“ Aufgabe des zu schaffenden Bildungsrates, der nach den Worten von Dr. Martin dem Wissenschaftsrat in Form einer Bildungskommission angegliedert werden sollte, wäre es daher, aus der Fülle der Meinungen, Statistiken, Zahlen, Empfehlungen die Alternativen zu entwickeln, die es dem Bundestag und den Politikern erlauben würden, die entsprechenden Entscheidungen zu treffen. In einem Bildungsrat müßte der Sachverstand der Pädagogen und Professoren vertreten sein, zugleich aber auch ausreichend der politische Bereich. „Wir können Bildung nur planen im Hinblick auf Wirtschaft, Soziales und Außenpolitik.“ Das sind die Gebiete, auf denen die Erfahrungen nur dem Bund zur Verfügung stehen. Aus diesen Gründen ist es daher auch im Interesse der Länder, ausreichend den Bund vertreten zu sehen, um hier zu wirklichen Resultaten kommen zu können. Im Namen der Regierungsfractionen stellte Dr. Martin auch einen zweiten Antrag, nämlich, die Bundesregierung möge ein Verwaltungsabkommen über die Finanzierung neuer Universitäten und Hochschulen schließen.

Beschluß zur Studienzeitverkürzung

Der CDU-Abgeordnete Dr. Hans Dichgans brachte in der Kulturdebatte seinen Entschließungsentwurf für eine Abkürzung der akademischen Ausbildung in einer geänderten Form vor. In der Begründung bekannte er sich zur Notwendigkeit der Studienzeitverkürzung und betonte, daß das rücksichtslose Umgehen der Lebenszeit nicht nur für die menschliche Entwicklung, sondern auch für den Beruf sehr schlimm sei. Seiner Ansicht nach erziehen unsere deutschen Universitäten ihre Studenten systematisch zu der Anschauung, daß der Zeitaufwand überhaupt keine Rolle beim Studium spiele. Ein Chemiker studiere heute doppelt so lang wie sein Vater vor 35 Jahren, er nehme aber damit auch doppelt so viel Hochschularbeitsplatz in Anspruch. Die Studien werden nach seiner Ansicht weiterhin verlängert, und das Neue an den Universitäten bestehe lediglich darin, daß die Studienverlängerung jetzt mit einem unverbindlichen Gerede über Studienverkürzung gefällig drapiert werde. Als Beispiel für seine Behauptung führte er an, daß für das Studium der Tierärzte die Forderung erhoben wurde, es von 9 auf 10 Semester zu verlängern. Für die Mediziner läge ebenfalls ein Referentenentwurf für eine Ausdehnung der Studienzeit von 11 auf 12 Semester vor.

So wie er eine Verkürzung der Studienzeit in seiner Rede vor dem Bundestag forderte, sprach sich Dr. Dichgans auch

für die Verkürzung der Schulzeit aus. Es solle hierbei auch erwogen werden, ob nicht die Schulpflicht bereits mit dem fünften Lebensjahr eingeführt werden könne. „In Frankreich besuchen 91 % der Fünfjährigen eine Schule, in Belgien nehmen nicht weniger als 92 % der Drei- bis Sechsjährigen an der „Vorschulbildung“ teil,“ führte Dr. Dichgans an. Sein Antrag, der ohne Gegenstimme bei zahlreichen Enthaltungen (auf Seiten der SPD) angenommen wurde, hat folgenden Wortlaut: „Der Bundestag hält es für wünschenswert, Stoff und Ausbildungsleistung der Schulen, Hochschulen und des Vorbereitungsdienstes so zu gestalten, daß beim normalen Studiengang das letzte Examen, das zur vollen Berufsreife führt, auch bei Ableistung des Wehrdienstes spätestens mit 26 Jahren abgelegt werden kann.“

Die Anträge der CDU/CSU und FDP zur Gründung eines Bildungsrates und zur Schließung eines Verwaltungsabkommens mit den Ländern über die Finanzierung neuer Universitäten und Hochschulen wurden vom Bundestag zur Beratung an den Ausschuß für Kulturpolitik und Publizistik verwiesen.

Neuer SPD-Antrag zur Bildungspolitik

Die Fraktion der SPD hat ebenfalls dazu einen Antrag eingebracht, der auf ihrer Großen Anfrage zum Bildungsnotstand basiert, mit folgendem Wortlaut: „Der Bundestag wolle beschließen: Die Bundesregierung wird aufgefordert,

1. im Zusammenwirken mit den Bundesländern einen langfristigen nationalen Bildungsplan zu erarbeiten, der sich an einer Bedarfsschätzung bis 1980 orientiert, den Zusammenhang der Bildungs- und Wissenschaftspolitik mit der Wirtschafts- und Sozialpolitik berücksichtigt und das bestehende Bildungsgefälle zwischen den Bundesländern beseitigen kann;
2. darauf hinzuwirken, daß der Anteil der öffentlichen Ausgaben in Bund, Ländern und Gemeinden für Aufgaben in der Bildungs- und Wissenschaftspolitik bis 1970 auf mindestens 5,5 % des Bruttosozialprodukts gesteigert werden kann. Der Vorrang der Bildungs- und Wissenschaftspolitik muß in der Gestaltung der öffentlichen Haushalte sichtbar werden;

3. in Zusammenarbeit mit den Bundesländern eine Bedarfsplanung und eine Koordinierung der Maßnahmen in der Bildungs- und Wissenschaftspolitik einerseits und der Wirtschafts- und Sozialpolitik andererseits sicherzustellen und die Gründung eines Bildungsrates zu fördern. Die Mitglieder des Bildungsrates sollen aus den Bereichen der Wissenschaft, der Erziehung und des Bildungswesens, der Wirtschaft und der Politik kommen. Der Bildungsrat soll die Entwicklung des deutschen Erziehungs- und Bildungswesens in seinen sozialen- politischen und wirtschaftlichen Auswirkungen verfolgen und die Ergebnisse der Forschung für die Politik nutzbar machen. Seine Gutachten stehen den Parlamenten und Regierungen des Bundes und der Länder zur Verfügung und sollen die wesentliche Grundlage einer Planung in der Bildungspolitik sein;
4. gemeinsam mit den Regierungen der Bundesländer jährlich über den Stand von Bildung und Wissenschaft in der Bundesrepublik zu berichten;
5. alle Aufgaben des Bundes in der Förderung der wissenschaftlichen Forschung, der Ausbildungsförderung und der Bedarfsplanung dem Bundesminister für wissenschaftliche Forschung zu übertragen und dieses Ministerium entsprechend auszustatten;
6. sich stärker an der Finanzierung des Ausbaues der bestehenden und des Baues neuer Universitäten und Hochschulen zu beteiligen. Über die Gründung weiterer neuer Universitäten und Hochschulen soll spätestens 1966 im Zusammenwirken mit den Ländern und dem Wissenschaftsrat entschieden werden;
7. den Entwurf eines Gesetzes zur Förderung wissenschaftlicher Forschung vorzulegen, das die Zusammenarbeit mit den Ländern in der Wissenschaftsförderung sichert und Schwerpunkte für die Wissenschaftspolitik des Bundes im internationalen und nationalen Rahmen zu setzen erlaubt;
8. darauf hinzuwirken, daß die Ausbildungsförderung einheitlich und in einer Weise gestaltet wird, daß sie jedem Bürger der Bundesrepublik gestattet, eine Ausbildung zu wählen, die seinen Neigungen, Fähigkeiten und Leistungen entspricht.“

Kurz berichtet

„Der Staat und die pluralistische Gesellschaft“ lautete das Thema eines Forumgesprächs von sieben Professoren der Ruhr-Universität Bochum. Dieses erste Bochumer „Professorengespräch“ werteten die Bochumer Bürger als einen vielversprechenden Auftakt für eine Bereicherung des kulturellen Lebens der Stadt. Dementsprechend groß war auch die Zahl der Teilnehmer, unter ihnen auch Kultusminister Prof. Mikat. Die Diskussionsleitung des Themas hatte Prof. Dr. Hermann Lübke (Philosophie) übernommen, der in der Einführung zum Thema betonte, daß sich unser Staat nicht mehr aus der Rolle des souveränen Hüters und Verkünders der Ordnung allein verstehen läßt, weil sich dem Staat gegenüber die bürgerliche Gesellschaft als eine Pluralität etabliert hat. Prof. Lübke sieht das Gemeinwohl durch die großen Parteien am besten gewahrt. Es war auch Zweck dieses Forumgesprächs, mehrere der an der Bochumer Universität neu berufenen Professoren der Bevölkerung vorzustellen. Selbstverständlich ist es, daß das Thema schon bedingt dadurch, daß Professoren verschiedenster Fachrichtungen daran teilnahmen, Prof. Vierhaus (Neuere Geschichte), Prof. Dr. Otto Kimminich (Öffentliches Recht), Prof. Dr. Papeleas (Soziologie), Prof. Dr. Besters (Wirtschaftslehre und Wirtschaftspolitik), Prof. Dr. Hödl (Katholische Theologie) und Prof. Dr. Heinrich Greeven (Evangelische Theologie), von allen Blickpunkten betrachtet wurde und daher nicht voll ausgeschöpft werden konnte. Dieses Forumgespräch bot jedoch den Anwesenden ein Modell dessen, was an der Ruhr-Universität durchgeführt werden soll, nämlich eine allseitige Verflechtung der wissenschaftlichen Disziplinen.

Der Arbeitskreis Pädagogischer Hochschulen hat am 4. und 5. Dezember in der Päd. Hochschule Göttingen unter Vorsitz von Professor Dr. Stock, Göttingen, seinen diesjährigen Vertretertag durchgeführt, zu dem 53 Institutionen der Lehrerbildung durch Delegierte versammelt waren. Im Mittelpunkt stand die Diskussion eines Gutachtens zum Thema „Lehrerbildung und Konfessionalität“, das

ein vom Arbeitskreis eingesetzter Studienausschuß entworfen hatte. Das im Frühjahr 1964 veröffentlichte Generalgutachten „Pädagogische Hochschule und Universität, Bedingungen und Möglichkeiten einer künftigen Lehrerbildung“ hatte diese Sonderfrage noch zurückgestellt, in der Erkenntnis ihrer Bedeutung, auch hinsichtlich des Gesprächs mit der Universität. Der Ausschuß wurde beauftragt, das Gutachten nach Überarbeitung als seine Stellungnahme der Öffentlichkeit vorzulegen. Der Vorsitzende informierte den Vertretertag besonders über die Gespräche mit der Lehrerbildungskommission der Westdeutschen Rektorenkonferenz sowie über andere Verhandlungen zu der im Zuge einer umfassenden Bildungsplanung neu gestellten Frage nach Aufgabe und Gestalt einer, heutigen Notwendigkeit gerecht werdenden, Vorbildung der künftigen Lehrer an Volks- und Realschulen.

Gegen die vom Rektor vorgeschlagene Studienzeitbegrenzung und eine Zwangsexmatrikulation hat sich in einem einstimmigen Beschluß die Vertretung der Studentenschaft der Freien Universität Berlin ausgesprochen. In diesem Beschluß wird hervorgehoben, daß die Ursache für die Studienzeitverlängerung darin liegt, daß die Universitäten nicht mehr den Erfordernissen einer wissenschaftlichen Ausbildung entsprechen. Es kann nach Ansicht der FU-Studentenvertretung nur mit einer Studien- und Hochschulreform, die die Arbeitsbedingungen für Professoren und Studenten grundlegend verbessert, ein wirksames Mittel geschaffen werden, um die Studierendauer wieder auf ein erträgliches Maß zurückzuführen und die Voraussetzungen für das nötige wissenschaftliche Arbeiten zu ermöglichen.

Das neue Urheberrecht soll noch vom Vierten Deutschen Bundestag in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden. Ein Unterausschuß des Rechtsausschusses hat einen entsprechenden Gesetzentwurf abschließend beraten.

Für die Errichtung einer Pädagogischen Hochschule auf dem Gelände der im Bau befindlichen Ruhr-Universität Bochum hat sich die SPD im Düsseldorfer Landtag in einem Antrag ausgesprochen. Nach Ansicht der SPD soll diese Pädagogische Hochschule eine Modellhochschule für die Lehrerbildung sein und in enger Verbindung mit der Ruhr-Universität stehen. Um die notwendigen finanziellen Voraussetzungen für den Bau dieser Hochschule zu sichern, hat die SPD beantragt, im Etat 1965 100 000,— DM für den Bau der Pädagogischen Hochschule Bochum vorzusehen.

Mehr als eine halbe Milliarde Mark wird der Ausbau der Hamburger Universität, die mit derzeit etwa 19 000 Studenten zu den größten Hochschulen in der Bundesrepublik zählt, kosten. Nach Angaben des Rektors der Universität sind seit 1958 zum Ausbau der Universität mehr als 190 Mio DM, davon 113 Mio DM vom Stadtstaat Hamburg, aufgewendet worden.

Ihre Mitarbeit im Deutschen Studentenwerk haben sowohl der Verband Deutscher Studentenschaften als auch die Westdeutsche Rektorenkonferenz niedergelegt. Als Begründung für diesen Schritt wurde angegeben, daß das Studentenwerk sich als autonome staatliche Sozialverwaltung der Hochschule zu etablieren beginne.

Die Ausbildung der Tierärzte soll mindestens 5 Jahre dauern. Dieser Beschluß wurde in dem Gesundheitsausschuß des Bundestages für eine neue Tierärzteordnung gefaßt.

Ausbildungsstipendien an Entwicklungsländer wurden von der Bundesrepublik an über 8500 Personen vergeben. Der jetzt veröffentlichte OECD-Bericht über die Entwicklungshilfe zeigt, daß die Bundesrepublik im internationalen Vergleich bei der Stipendiengewährung an dritter Stelle hinter Frankreich und den USA steht.

An den bayerischen Pädagogischen Hochschulen meldeten sich nach dem bisherigen und vorläufigen Ergebnis insgesamt 1939 Studierende im Wintersemester 1964/65 zum Studium an; die Immatrikulationszahl des Wintersemesters 1963/64 betrug 1698. Unter Berücksichtigung des heuer zahlenmäßig schwachen Abiturientenjahrgangs ist die Zunahme der Einschreibung im Vergleich zum Vorjahr besonders erfreulich.

Über das Verhältnis Wissenschaft und Verteidigung hat sich Bundesverteidigungsminister Kai Uwe von Hassel in einem Vortrag vor dem Ring wehrpolitischer Hochschulgruppen in Heidelberg sehr besorgt geäußert. Es heißt in dem Referat von Hassel, daß „in unserer Armee das Gefühl verbreitet ist, vom geistigen Deutschland, von der Intelligenz mißverstanden, mit Vorurteilen belegt und allein gelassen zu sein“.

Der Planungsauftrag für den Neubau des Instituts für Organische Chemie der Universität Würzburg auf dem Erweiterungsgelände der Universität am Ostrand der Stadt wurde vom bayerischen Kultusminister erteilt. Das Raumprogramm umfaßt eine Gesamtnutzungsfläche von 3329 qm. Die Planung für den Institutsneubau wird beschleunigt durchgeführt, damit mit der Baumaßnahme möglichst noch im Jahre 1964 begonnen werden kann. Der Neubau des Instituts für Organische Chemie ist die erste Baumaßnahme für die Erweiterung der Julius-Maximilians-Universität Würzburg am Stadtrand. Die Verlegung der Naturwissenschaftlichen Fakultät hat damit begonnen. Das Kultusministerium hat im Anschluß an den im April 1964 erteilten Bauauftrag für den Umbau des Ostflügels der Chirurgischen Universitätsklinik in Würzburg nunmehr den Bauauftrag für den Westflügel der Klinik mit Nachbehandlungsabteilung, Schule für Krankengymnastik und kinderchirurgischer Abteilung erteilt. Die Gesamtkosten für den Um- und Erweiterungsbau wurden auf 6,1 Mio. DM festgesetzt.

PERSONALIA

NEUE REKTOREN UND DEKANE

Freiburg: Prof. Dr. jur. Hans-Heinrich Jeschek (Deutsches und ausländisches Strafrecht, Strafprozeßrecht, Zivilprozeßrecht, forstliche Rechtskunde) wurde zum Rektor für das Amtsjahr 1965/66 gewählt.

BERUFUNGEN UND ERNENNUNGEN

a) ordentliche Professoren

Braunschweig: Prof. Dr. rer. nat. Fr. Schaller (Zoologie) erhielt einen Ruf auf den Lehrstuhl für angewandte Zoologie an der Universität München.

Erlangen-Nürnberg: Zu ordentlichen Professoren wurden ernannt: Prof. Dr. theol. Wilhelm Maurer (Historische Theologie und Missionswissenschaft), Privatdozent Dr. phil. Kurt Wölfel (Deutsche Philologie), Prof. Dr. phil. Klaus Brodersen (Anorganische und Analytische Chemie) und Dozent Dr. jur. Klaus Vogel (Staats- und Verwaltungsrecht einschließlich Finanz- und Steuerrecht). — Prof. Dr. jur. Walter Leisner (Staats-, Verwaltungs- und Völkerrecht) erhielt einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl in der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Köln. — Prof. Dr. phil. Arno Borst (Mittlere und Neuere Geschichte und Geschichtliche Hilfswissenschaften) erhielt einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für Mittelalterliche Geschichte an der Universität Bochum. — Prof. Dr. jur. Johannes Herrmann (Römisches und Deutsches Bürgerliches Recht) erhielt einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für Papyrologie an der Universität Marburg.

Freiburg: Prof. Dr. phil. Franz Link (Englische Philologie mit besonderer Berücksichtigung der Sprache und Literatur Amerikas) erhielt einen Ruf auf einen ordentlichen Lehrstuhl für anglo-amerikanische Philologie an der Universität Köln.

Kiel: Privatdozent Dr. phil. Franz Karl/Clausthal-Zellerfeld (Mineralogie, Petrographie und Lagerstättenkunde) wurde zum ordentlichen Professor ernannt.

München (TH): Privatdozent Dr.-Ing. Gerhard Czerwenka/TU Berlin (Leichtbau und Flugzeugbau) wurde zum ordentlichen Professor ernannt.

Münster: Zu ordentlichen Professoren wurden ernannt: Privatdozent Dr. theol. Dr. rer. pol. Wilhelm Weber/

Mainz (Christliche Gesellschaftswissenschaften), Privatdozent Heinz Hartmann, Ph. D./Dortmund (Soziologie) und Dozent Dr. phil. Jacob Steiner/Stockholm (Neuere deutsche Literaturgeschichte).

b) außerordentliche Professoren

Erlangen-Nürnberg: Zu außerordentlichen Professoren wurden ernannt: Prof. Dr. med. dent. Adolf Kröncke/Tübingen (Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde) und Privatdozent Dr. phil. Martin Ruhnke/FU Berlin (Musikwissenschaft).

Frankfurt: Zu außerordentlichen Professoren wurden ernannt: Prof. Dr. phil. nat. Hans Ludwig Schläfer (Physikalische Chemie) und Privatdozent Dr. rer. nat. Georg Schneider/Hamburg (Pharmakognosie).

München (TH): Herr Fritz Koenig wurde zum außerordentlichen Professor für Plastik in der Fakultät für Bauwesen ernannt.

c) Honorarprofessoren

München (TH): Dr.-Ing. Ernst Gaßner (Festigkeitslehre) wurde zum Honorarprofessor ernannt.

d) Wissenschaftliche Räte

Braunschweig: Privatdozent Dr. rer. nat. Bernhard Hornfeck (Mathematik) wurde zum Wissenschaftlichen Rat ernannt.

Münster: Prof. Dr. med. Heinz Engelhardt (Psychiatrie und Neurologie) wurde zum Wissenschaftlichen Rat ernannt.

e) außerplanmäßige Professoren

Braunschweig: Dozent Dr. phil. Dr. sc. rel. Gerhart Mayer (Neuere deutsche Literaturgeschichte) wurde zum außerplanmäßigen Professor ernannt.

Erlangen-Nürnberg: Privatdozent Dr. med. Klaus Heinke (Innere Medizin) wurde zum außerplanmäßigen Professor ernannt.

Freiburg: Dozent Dr. phil. Helmut Plechl (Historische Hilfswissenschaften) wurde zum außerplanmäßigen Professor ernannt.

Hannover (TiHo): Privatdozent Dr. rer. nat. Peter Decker (Physiologische Chemie) wurde zum außerplanmäßigen Professor ernannt.

Kiel: Privatdozent Dr. med. Hans-Dieter Ohlenbusch (Physiologische Chemie) wurde zum außerplanmäßigen Professor ernannt.

f) Dozenten und Privatdozenten

Erlangen-Nürnberg: Privatdozent Dr. Werner Schmid erhielt einen Ruf auf ein Ordinariat für Strafrecht und Strafprozeßrecht an der Universität Kiel. — Dozent Dr. phil. Hans Steininger (Sinologie) erhielt einen Ruf auf das neugeschaffene Ordinariat der Philologien des Fernen Ostens an der Universität Würzburg. — Dozent Dr. phil. Franz Kiechle (Alte Geschichte) erhielt einen Ruf auf einen ordentlichen Lehrstuhl seines Faches an der Universität Bochum. — Dozent Dr. phil. Bodo Müller (Romanische Philologie) erhielt einen Ruf auf ein Ordinariat an der Universität Frankfurt. — Privatdozent Dr. rer. pol. Jakobus Wössner (Soziologie) wurde zum Universitätsdozenten ernannt.

Kiel: Dr. rer. nat. Herwart Bohlken (Zoologie) wurde zum beamteten Privatdozenten ernannt.

München (TH): Privatdozent Dr. rer. nat. Heinrich Köster (Mineralogie) wurde zum Hochschuldozenten ernannt.

Münster: Privatdozent Dr. Wolfram Naumann wurde zum beamteten Dozenten ernannt.

g) Lektoren

Münster: Judith Lelièvre und A. Jill Mitchell wurden für die Dauer eines Jahres mit Aufgaben einer Lektorin für Englisch beauftragt.

HABILITATIONEN UND VERLEIHUNG DER „VENIA LEGENDI“

Darmstadt: Die venia legendi wurde erteilt an: Dr. rer. nat. Ulrich Ernst Lüttge für das Fach Botanik und Dr. rer. nat. Gert Habermehl für das Fach Organische Chemie.

Erlangen-Nürnberg: Die Lehrbefugnis wurde erteilt an: Dr. phil. Alfred Wendehorst für das Fach Mittlere und Neuere Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der Historischen Hilfswissenschaften und der Landesgeschichte und Dr. Wolfgang Klose für das Fach Physik.

Münster: Die venia legendi wurde verliehen an: Dr. theol. Johannes Müller für das Fach Kirchengeschichte und Dr. med. Gerhard Paal für das Fach Neurologie und Psychiatrie.

Tübingen: Es habilitierten sich: Dr. theol. Ulrich Wicker für das Fach Kirchengeschichte, Dr. jur. Dietrich Röhoeft für das Fach Bürgerliches Recht, Rechtsvergleichung und Zivilprozeßrecht, Dr. med. Peter Göbel für das Fach Innere Medizin, Dr. med. Enno Kleihauer für das Fach Kinderheilkunde, Dr. med. Wolfgang Loch für das Fach Psychoanalyse und Tiefenpsychologie, Dr. phil. Hansjörg Dongus für das Fach Geographie und Dr. phil. Carla de Simone für das Fach Vergleichende Sprachwissenschaft.

Würzburg: Es habilitierten sich und wurden zu Privatdozenten ernannt: Dr. rer. nat. Heribert Oel für das Fach Physikalische Chemie und Dr. med. Gerhardt Böttger für das Fach Chirurgie.

LEHRAUFTRÄGE

Braunschweig: Dr. phil. Alfred Tode, Museums-Direktor, erhielt für das WS 1964/65 einen Lehrauftrag für das Fachgebiet Vor- und Frühgeschichte. — Folgende Lehraufträge wurden für das WS 1964/65 und das SS 1965 erteilt an: Prof. Dr. rer. techn. Rudolf Ludwig für das Fachgebiet Praktische Mathematik und Prof. Dr. phil. Hans Bode für das Fachgebiet Technische Elektrochemie.

Münster: Folgende Lehraufträge wurden verlängert: Dr. theol. Ernst Bauckmann (Hebräisch) für das WS 1964/1965 und das SS 1965 und Dr. phil. Gerhard Klusmann (Deutsche Philologie) für das WS 1964/65. — Srinivasa Ayya Srinivasan, Lektor für neuindische Sprachen an der Universität Hamburg, erhielt für das WS 1964/65 einen besoldeten Lehrauftrag für Einführung ins Hindi.

VERTRETUNGEN

Darmstadt: Dipl.-Ing. Max Bücher wurde mit der kommissarischen Wahrnehmung der Dienstgeschäfte des ordentlichen Lehrstuhls für Entwerfen und Raumgestaltung beauftragt. — Prof. Dr. jur. Martin Drath/Berlin (Öffentliches Recht) wurde die kommissarische Verwaltung des Lehrstuhls für Öffentliches Recht übertragen.

Erlangen-Nürnberg: Prof. Dr. med. Erik Wetterer/München (Physiologie) wurde ab 1. 11. 64 mit der vertretungsweisen Wahrnehmung des ordentlichen Lehrstuhls seines Faches beauftragt. — Prof. Dr. phil. Helmut Prang (Deutsche Literaturgeschichte) wurde mit der vertretungsweisen Wahrnehmung des zweiten ordentlichen Lehrstuhls für Neuere Deutsche Literaturgeschichte beauftragt. — Prof. Dr. phil. Walter Toman (Psychologie) wurde ab 1. 8. 64 bis zur Wiederbesetzung des ordentlichen Lehrstuhls für Pädagogik mit der vertretungsweisen Wahrnehmung der Vorstandsgeschäfte des Pädagogischen Seminars beauftragt. — Prof. Dr. phil. Wilhelm Messerer/Bamberg wurde für die Zeit vom 1. 11. 64 — 28. 2. 65 mit der Vertretung des beurlaubten o. Prof. Dr. Karl Oettinger (Kunstgeschichte) betraut. — Univ.-Dozent Dr. phil. Ingo Reiffenstein/München (Deutsche Philologie) wurde mit der kommissarischen Wahrnehmung des ordentlichen Lehrstuhls für Germanische und Deutsche Sprachwissenschaft und Mundartkunde beauftragt.

München (TH): Privatdozent Dr. agr. Rupprecht Zapf (Wirtschaftslehre des Landbaus) übernimmt im WS 1964/1965 vertretungsweise die Vorlesungen von Prof. Dr. Woermann an der Universität Göttingen.

Münster: Prof. Dr. Otto W. Flörke/Bochum wurde für die Dauer des WS 1964/65, längstens jedoch bis zur Wiederbesetzung, mit der Vertretung des Lehrstuhls für Mineralogie und Kristallographie beauftragt.

BEURLAUBUNGEN

Münster: Prof. Dr. phil. Edgar Mertner (Englische Philologie) wurde für das SS 1965 von der Verpflichtung zur Abhaltung von Vorlesungen und Übungen entbunden, um sich voll seinen im Landesinteresse liegenden wissenschaftlichen Arbeiten widmen zu können.

EMERITIERUNGEN

Erlangen-Nürnberg: ao. Prof. Dr. phil. Georg Schiffauer (Romanische Sprachen) wurde von seinen amtlichen Verpflichtungen entbunden.

Münster: Prof. Dr. med. Dr. phil. Hellmut Becher (Anatomie) wurde wegen Erreichens der Altersgrenze von seinen amtlichen Verpflichtungen entbunden. Für die Dauer des WS 1964/65, längstens jedoch bis zur Wiederbesetzung, wurde Prof. Becher mit der Vertretung des Lehrstuhls für Anatomie und mit der Leitung des Anatomischen Instituts beauftragt. — Prof. Dr. med. Otmar Frhr. v. Verschuer (Humangenetik) wurde wegen Erreichens der Altersgrenze von seinen amtlichen Verpflichtungen entbunden. Für die Dauer des WS 1964/65, längstens jedoch bis zur Wiederbesetzung, wurde er mit der Vertretung des Lehrstuhls für Humangenetik und mit der Leitung des Instituts für Humangenetik beauftragt.

AUSSCHIEDEN AUS DEM DIENST

Erlangen-Nürnberg: Prof. Dr. jur. Hans-Rudolf Hagemann (Deutsche Rechtsgeschichte, Privatrecht) wurde auf sein Verlangen aus dem Beamtenverhältnis entlassen. — Prof. Dr. med. Johannes Thomas (Geburtshilfe und Frauenheilkunde) wurde mit Wirkung vom 1. 9. 64 aus dem Beamtenverhältnis entlassen, um die Chefarztstelle der Geburtshilflich-Gynäkologischen Abteilung des St.-Marien-Hospitals in Mülheim/Ruhr zu übernehmen. — Dr. med. R. Gromotka, wiss. Assistent an der Medizinischen Universitätsklinik, wurde aus dem Beamtenverhältnis entlassen, um die internistische Chefarztstelle am Kreiskrankenhaus Neustadt/Waldnaab zu übernehmen. — Dr. med. Kurth Kurka, wiss. Assistent an der Chirurgischen Universitätsklinik, wurde aus dem Beamtenverhältnis entlassen, um als leitender Arzt der Anästhesie-Abteilung am Landkrankenhaus Coburg tätig zu werden.

ABGELEHNTE BERUFUNGEN

Erlangen-Nürnberg: Prof. D. theol. Wilfried Joest (Systematische Theologie) hat den Ruf auf ein Ordinariat an der Universität Tübingen abgelehnt.

München (TH): Privatdozent Dr. rer. nat. Richard Eppeler (Mathematische Strömungslehre) hat den Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für Dynamik der Flugkörper an der TH Aachen abgelehnt.

NEUE INSTITUTSDIREKTOREN

Braunschweig: Prof. Dr. phil. Theoderich Herrmann (Psychologie) hat zu Beginn dieses Semesters als Nachfol-

ger von Prof. Dr. B. Herwig die Leitung des Psychologischen Instituts als planmäßiger Ordinarius für Psychologie übernommen.

Kiel: Prof. Dr. phil. Franz Karl (Mineralogie, Petrographie und Lagerstättenkunde) wurde zum Direktor des Mineralogischen Instituts ernannt.

München (TH): Prof. Dr.-Ing. Gerhard Czerwenka (Leichtbau und Flugzeugbau) wurde zum Direktor des Instituts für Leichtbau und Flugzeugbau bestellt.

Münster: Prof. Dr. rer. nat. Ludwig Acker (Lebensmittelchemie) wurde zum Direktor des neu errichteten Instituts für Lebensmittelchemie ernannt. — Prof. Dr. theol. Dr. rer. pol. Wilhelm Weber (Christliche Sozialwissenschaften) wurde zum Direktor des Instituts für Christliche Sozialwissenschaften ernannt.

AKADEMISCHE EHRUNGEN

a) Ehrenpromotionen

Berlin: em. Prof. Dr. phil. Hildebrecht Hommel (Klassische Philologie) wurde von der Kirchlichen Hochschule die Würde eines Doktors der Theologie ehrenhalber verliehen.

Bonn: Prof. Dr. phil. Heinrich Niehaus (Volkswirtschaftslehre und Agrarpolitik) wurde von der Technischen Hochschule München der Grad eines Dr. agr. h. c. verliehen.

VON DEN WISSENSCHAFTLICHEN AKADEMIEN, GESELLSCHAFTEN UND INSTITUTEN

Bonn: Prof. Dr.-Ing. Friedrich Schumacher (Geologie, Mineralogie) wurde von der Gesellschaft Deutscher Metallhütten- und Bergleute zum Ehrenmitglied ernannt.

Erlangen-Nürnberg: Prof. D. v. Loewenich (Historische Theologie) wurde zum Präsidenten der Luthergesellschaft ernannt. — Prof. Dr. med. Norbert Henning, Vorstand der Medizinischen Klinik, wurde zum Präsidenten der neu gegründeten Gesellschaft für parenterale (intravenöse) Ernährung gewählt. — Prof. Dr. rer. pol. Ingborg Esswein-Rothe (Statistik) wurde von der Deutschen Akademie für Bevölkerungswissenschaft zum Mitglied gewählt.

Münster: Prof. Dr. rer. pol. Fritz Wilhelm Hardach (Betriebswirtschaftliche Organisationslehre) wurde für drei Jahre zum Präsidenten der Schmalenbach-Gesellschaft zur Förderung der betriebswirtschaftlichen Forschung und Praxis gewählt.

TITELVERLEIHUNGEN UND AUSZEICHNUNGEN

Bonn: Prof. Dr. phil. Dr. sc. h. c. Carl Troll (Geographie) wurde von der Deutschen Quartär-Vereinigung die Albrecht-Penck-Medaille verliehen.

Münster: Prof. Dr. med. Dr. med. dent. h. c. Helmut Loebell (Hals-, Nasen-, Ohrenheilkunde) wurde das Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik verliehen. — Prof. Dr. med. Dr. med. dent. habil. Konrad Morgenroth (Zahnheilkunde) wurde die Hermann-Euler-Medaille verliehen. — Prof. Dr. phil. Hans Erich Stier (Alte Geschichte) wurde das Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik verliehen.

SONSTIGE ERNENNUNGEN UND AUFTRÄGE

Braunschweig: Prof. Dr. phil. Ferdinand Schneider (Landwirtschaftliche Technologie und Zuckerindustrie) wurde zum Vorsitzenden des Wissenschaftlichen Rates und zum Mitglied des Präsidiums der Arbeitsgemeinschaft industrieller Forschungsvereinigungen (AIF) gewählt. — Prof. Dr.-Ing. Erich Menzel (Physik) wurde zum Abteilungsvorsteher unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit ernannt.

Erlangen-Nürnberg: Zu Konservatoren wurden ernannt: Annette Fleischer-Peters, wiss. Assistentin an der Klinik und Poliklinik für Zahn-, Mund- und Kieferkranke; Privatdozent Dr. med. Dr. med. dent. Oskar Bock, wiss. Assistent an der Klinik und Poliklinik für Zahn-, Mund- und Kieferkranke; Dr. med. Robert Dittmeyer, wiss. Assistent an der Frauenklinik und Poliklinik und Hebammenschule; Privatdozent Dr. med. Hermann Gutheil, wiss. Assistent an der Kinderklinik; Univ.-Dozentin Dr. rer. nat. Dr. med. Helene Wein-

land (Physiologische Chemie); Dr. phil. nat. Dieter Matthes, wiss. Assistent am Zoologischen Institut und Dr. rer. nat. Alfred Hofmann, wiss. Assistent am Physikalischen Institut.

Hannover (TiHo): Prof. Dr. med. vet. Karl Enigk (Parasitologie) wurde als Mitglied in den Gründungsausschuß der Medizinischen Akademie Hannover berufen.

München (TH): Zu Oberkonservatoren wurden ernannt: Dipl.-Ing. Johann Hierl, Konservator am Materialprüfungsamt für das Bauwesen, und Dipl.-Ing. Michael Stark, Konservator am Institut für Technische Elektronik. — Prof. Dr. agr. habil. Dr. phil. Paul Rintelen (Wirtschaftslehre des Landbaus) wurde zum Mitglied des Wissenschaftlichen Beirates des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten ernannt.

Münster: Prof. Dr. med. Oskar Hepp (Orthopädie) und Prof. Dr. med. Werner H. Hauss (Innere Medizin) wurden durch den Präsidenten der Bundesärztekammer in den Wissenschaftlichen Beirat berufen. — Prof. Dr. rer. nat. Dr. sc. math. Heinrich Behnke (Mathematik) wurde zum Vorsitzenden der Deutschen Mathematiker-Vereinigung wiedergewählt. — Prof. Dr. med. Heinz Wolf Müller-Limmroth (Physiologie) wurde in den Lehrkörper der Akademie für Verkehrswissenschaft, Hamburg, gewählt. — Dr. rer. nat. Hans-Hermann Steuhl wurde zum Kustos beim Mineralogisch-Petrologischen Institut ernannt.

EHRUNGEN UND ERNENNUNGEN DEUTSCHER WISSENSCHAFTLER IM AUSLAND

Bonn: Prof. Dr. rer. nat. Heinrich Erben (Paläontologie) ist bei dem Internationalen Geologen-Kongreß, der vom 14. bis 22. Dezember 1964 in New Delhi stattfindet, Vorsitzender bei den Beratungen des Internationalen Komitees für Silur- und Devonstratigraphie.

München (TH): Prof. Dr. h. c. Dipl.-Ing. August Rucker (Städt. Ingenieurbauwesen und Stadtverkehr) wurde durch die französische Regierung mit dem Ordre des Palmes Académiques ausgezeichnet und gleichzeitig zum Commandeur dieses Ordens ernannt.

Münster: Prof. Dr. med. Emil Lehnartz (Physikalische Chemie) wurde von der französischen Regierung das Offiziers-Kreuz der Ehrenlegion verliehen. — Prof. Dr. med. Hans Götz (Dermatologie) wurde von der Medizinischen Fakultät der Universität Tokio die Gedenkplakette der Fakultät verliehen. — Prof. Dr. med. Gunther Lehmann (Physiologie) wurde zum Präsidenten der International Ergonomics Association gewählt.

MITGLIEDSCHAFT IN AUSLÄNDISCHEN WISSENSCHAFTLICHEN GESELLSCHAFTEN

Erlangen-Nürnberg: Dr. med. Ludwig Zicha, wiss. Assistent an der Medizinischen Klinik und Poliklinik, wurde von der Royal Society of Medicine zu ihrem Affiliate gewählt.

Hannover (TiHo): Prof. Dr. med. vet. Gustav Rosenberger (Rinderkrankheiten) wurde auf der III. Internationalen Tagung für Rinderkrankheiten in Kopenhagen zum Vorstandsmitglied und Sekretär der Weltgesellschaft für Buiatrik gewählt.

München (TH): Prof. Dr. phil. H. Maier-Leibnitz (Technische Physik) wurde von der Belgischen Königlich-Flämischen Akademie der Wissenschaften und schönen Künste zum Auslandsmitglied gewählt.

Würzburg: Prof. Dr. med. Walter Kley (Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten) wurde zum Ehrenmitglied der Spanischen Oto-Rhino-Laryngologischen Gesellschaft ernannt.

BERUFUNGEN UND EINLADUNGEN DEUTSCHER WISSENSCHAFTLER INS AUSLAND

München (TH): Prof. Dr.-Ing. Boni Tschönnens (Abwasserwesen) erhielt einen Ruf auf den Lehrstuhl für Gesundheitsingenieurwesen an der Technischen Universität Istanbul.

GEBURTSTAGE

Berlin (TU): Prof. Dr. phil. Alfred Mehlitz (Technologie der Obst- und Gemüseverwertung) vollendete am 3. 12. sein 65. Lebensjahr.

Darmstadt: Prof. Dr.-Ing. Heinrich Hohenner, em. Ordinarius für Geodäsie, vollendete am 7. 12. sein 90. Lebensjahr.

20. 12.

Die Aula, die Stunde der Universitäten. Prof. Hans Maier: Zur Genesis des Obrigkeitsstaates in Deutschland. (SWF, 10.30).

21. 12.

Die Internationale Radiouniversität. Philosophische Strömungen der Gegenwart. Dr. Alfred Schmidt/Frankfurt: Neuere geschichtsphilosophische Ansätze in Deutschland. (Österr. Rdf. II, 14.35).

Das deutsche Geistesleben und der Nationalsozialismus. Prof. Dr. Ralf Dahrendorf: Soziologie und Nationalsozialismus. (SWF, 17.30).

Aus Wissenschaft und Technik. Molekulare Biologie — Eine neue Wissenschaft. Ein Interview mit Dr. Fred Hahn/Washington. (NDR II, 19.35).

22. 12.

Deutsche Forschungsinstitute und Museen. VI. Der zoologische Garten in Hannover. (Saarl. Rdf. II, 18.45).

Aus der Welt der Forschung. Materie aus dem Nichts? Philosophische Konsequenzen neuerer physikalischer und biologischer Entdeckungen. Von Dr. Frédéric Vester. (Saarl. Rdf. II, 22.15).

Das Salzburger Nachtstudio. Der Mensch im Kosmos. Univ.-Prof. Dr. Rudolf Schnackenburg/Würzburg: Die neue Schöpfung. (Österr. Rdf. II, 22.15).

23. 12.

Biokybernetik — Steuerung der Lebensvorgänge. Von Univ.-Ass. Dr. Benno Paletta. (Österr. Rdf. I/Graz, 14.40).

Aus der Forschungsarbeit unserer Hochschulen. Hochschulprof. Dr. Friedrich Bruckmayer: Bauphysik — ein neues Fach. Schall-, Lärm- und Erschütterungsschutztechnik. (Österr. Rdf. II, 17.15).

Aus Wissenschaft und Forschung. (Deutschlandfunk, 17.30).

Hochschulnachrichten. (Saarl. Rdf. II, 17.55).

Das Abendstudio. Karl Jaspers: Kleine Schule des philosophischen Denkens. 13. Die Philosophie in der Welt. (Bayer. Rdf. II, 19.30).

24. 12.

Aus Wissenschaft und Forschung. (Deutschlandfunk, 10.10).

27. 12.

Lebendige Wissenschaft. Prof. Dr. Adolf Portmann/Basel. Wir Menschen vor dem Geheimnis des Lebens. (SDR, 10.05).

Die Aula, die Stunde der Universitäten. Prof. Dr. Ernst Benz: Das Menschenbild in der deutschen Mystik. (SFW, 10.30).

1914 — Ende und Wende. Das Ende Alteuropas. Von Univ.-Prof. Dr. Friedrich Heer. (Österr. Rdf. II, 21.00).

28. 12.

Die Internationale Radiouniversität. Philosophische Strömungen der Gegenwart. Prof. Dr. Hermann Schweppenhäuser/Lüneburg: Zum Denken Ernst Blochs. (Österr. Rdf. II, 14.35).

Elektrizität im lebenden Organismus. Eine Naturwissenschaftliche Studie von Josef Hermann Stiegler. (SWF II, 15.45).

Probleme der Zwillingforschung. Man.: Prof. Dr. Ottmar Freiherr von Verschuer. (WDR III, 21.00).

29. 12.

Macht und Recht. Der Melierdialog im Geschichtswerk des Thukydides. Eine Sendung mit Univ.-Prof. Dr. Franz Hampl. (Österr. Rdf. II, 15.00).

Deutsche Universitäten. (III) Die Universität des Saarlandes als europäische Hochschule. Von George Wagner-Jourdin. (Saarl. Rdf. II, 18.45).

Studium 1965. Die juristische Fakultät. Redaktion und Zusammenstellung: Marianne Grewe-Partsch. (Hess. Rdf. II, 21.00).

Das Salzburger Nachtstudio. Zur Theorie des wissenschaftlichen Fortschritts. Ein Gespräch mit Univ.-Prof. Dr. Karl Popper / London. (Österr. Rdf. II, 22.15).

Aus der Welt der Forschung. Hans-Eckehard Bahr: Holzwege und Schneisen. Arnold Toynbees Kulturphilosophie. (Saarl. Rdf. II, 22.15).

30. 12.

Aus der Forschungsarbeit unserer Hochschulen. Univ.-Doz. Dr. Johannes Bauer: Die Entstehung apokrypher Evangelien. (Österr. Rdf. II, 17.15).

Aus Wissenschaft und Forschung. (Deutschlandfunk, 17.30)

Hochschulnachrichten. (Saarl. Rdf. II, 17.55).

Nymphenburg 1664—1964 — 300 Jahre bayerische Kulturgeschichte. Von Prof. Dr. Götz Freiherr von Pölnitz und Johann Lachner. Eine Dokumentation über das Schloß und seine Bewohner. Mit Ausschnitten aus den Nymphenburger Sommerspielen. (Bayer. Rdf., Studienprogramm, 20.15).

31. 12.

Aus Wissenschaft und Forschung. (Deutschlandfunk, 10.10).

1. 1.

Gesellschaftliche Funktionen der deutschen und französischen Literatur. Robert Minder bei der Jahrestagung 1964 der Darmstädter Akademie für Sprache und Dichtung. (Hess. Rdf., 9.33).

600 Jahre Alma mater Rudolphina. Eine Hörfolge von Dr. Felix Gamillscheg. (Österr. Rdf., 18.00).

2. 1.

Konfuzius und seine Widersacher. 1. Philosophische Diskussion im alten China. Man.: Prof. Dr. Daniel Leslie. (SFB II, 11.00).

Erwachsenenbildung heute. Internationale Umschau von Dr. Karl A. Grüner. (SFB II, 11.30).

Sechshundert Jahre Wiener Universität. (Österr. Rdf. II, 18.30).

Kulturpolitischer Kommentar. Von Prof. Dr. Hans Wenke/Hamburg. (NDR II, 21.05).

3. 1.

Lebendige Wissenschaft. Prof. Dr. Karl Jaspers/Basel: Die Kraft der Hoffnung. (SDR, 10.05).

Die Aula, die Stunde der Universitäten. Prof. Dr. Richard Schwarz: Segen oder Fluch der neuzeitlichen Wissenschaft? (I) (SWF, 10.30).

4. 1.

Das Abendstudio. Der wissenschaftliche Bericht. (Bayer. Rdf. II, 19.30).

Die Bundesrepublik — ein Land ohne Zukunft? Aufbauzüge an Volks-, Mittel- und Höheren Schulen. Von Dr. Wilhelm Höck. (Saarl. Rdf., 21.00).

5. 1.

Hochschulfunk. Deutsche Lehr- und Forschungsstätten. Institut für Sexualforschung in Hamburg. Von Uwe M. Schneede. (Saarl. Rdf. II, 22.00).

Hochschulnachrichten. (Saarl. Rdf. II, 22.15).

6. 1.

Aus Wissenschaft und Forschung. (Deutschlandfunk, 17.30).

7. 1.

Aus Wissenschaft und Forschung. (Deutschlandfunk, 10.10).

Zeitfunk aus Forschung und Technik. (SWF II, 17.45).

Das Heidelberger Studio. Von der Verantwortung des Naturwissenschaftlers. Gesammelte Vorträge von Max Born. 1. An der Schwelle des Atomzeitalters. (SDR II, 21.00).

Aus Wissenschaft und Technik. Die wöchentliche Umschau. (SDR II, 21.30).

Aus dem Hochschulleben. Kommentare und Berichte. (SDR II, 22.40).